

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnenzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Die Hierlohner Handelskammer und die Metallarbeiterausperrung in Menden.

Das Sprachrohr der Mendener Metallindustriellen der „Westfälische Telegraph“, brachte am 3. Juli d. J. aus dem Berichte der Hierlohner Handelskammer eine Auslassung über die Aussperrung, die nicht unwidersprochen bleiben soll. Nach dem „Telegraph“ heißt es im Handelskammerbericht, der uns zurzeit noch nicht vorliegt, folgendermaßen:

„Die ruhige Weiterarbeit hat in einem Teile der Kammerbezirks im Berichtsjahre durch einen Metallarbeiterstreik der später eine Gesamtausperrung nötig machte, eine empfindliche Störung erlitten, was nicht nur den Arbeitern an Lohnausfall, sondern auch den Geschäften des Bezirks durch die verminderte Kaufkraft der Arbeiter empfindlichen Schaden zufügte. Auch die betreffenden Betriebe litten, da die Produktion teilweise vermindert werden mußte, besonders da der Streik zu einer kritischen Zeit einsetzte und den größten Teil der Arbeiterkraft aus der Arbeit brachte. Es ist scharf zu tadeln, daß in diesem Streik, der von den Arbeitern unter Führung des christlichen Metallarbeiterverbandes sozuzunehmend vom Saune gebrochen wurde, der tatsächlich zu einer Machtprobe von den Arbeiterführern gemacht wurde, das rigorose Auftreten der Streikposten nicht verhindert werden konnte, weil die bestehenden Gesetze es nicht zuließen. Befehdungen, Bedrohungen und Verhinderungen auf dem Wege von und zur Arbeit haben viele Arbeitswillige von der Arbeit zurückgehalten. Es ist nicht zu verkennen, daß der wirtschaftlich schwer schädigende Streik schneller zu Ende gewesen wäre, wenn ein besserer Schutz der Arbeitswilligen stattgefunden hätte.“

Die Hierlohner Handelskammer ist, wie ihre vorstehende Auslassung zeigt, sehr bekräftigt, daß es dem Scharfmachertum nicht gelungen ist, selbst nicht mit der tatkräftigsten Unterstützung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, die christliche Arbeiterorganisation in Menden zu zertrümmern. Die der Handelskammer nahestehenden Scharfmacherkreise haben anscheinend geglaubt, durch die Aussperrung die christliche Arbeiterorganisation genau so zerschmettern zu können, wie man im Jahre 1903 die sozialdemokratische in Hierlohn zertrümmert hat. Das ist ihnen nicht gelungen, daher die Tränen und die Verdächtigungen.

Wie dieser Erguß von der objektiv denkenden bürgerlichen Presse beurteilt wird, möge unseren Kollegen nachstehende Antwort zeigen, die das Märkische Volksblatt der Handelskammer gibt:

„Daß die Handelskammer diese Ungelegenheit nicht mit Stillschweigen übergehen würde, war vorauszuwischen. Daß aber eine unparteiisch sein sollende Instanz, wie eine Handelskammer, sich so über den Kampf äußerte, konnte man wirklich nicht erwarten. In diesem kurzen Kapitel äußert sich die ganze rückständige Anschauung, wie sie leider hier noch in den Kreisen herrscht, deren wirtschaftliche Interessen von der Kammer vertreten werden. Wie ganz andere Urteile über die Folgen wirtschaftlicher Kämpfe haben doch in den letzten Jahren die Handelskammern anderer ja sogar ganz naheliegender Bezirke gefällt. Wo ist in der wiederergegebenen Äußerung auch nur ein Wort des Tadelns gegenüber den Arbeitgebern zu finden, die in geradezu unverständlicher Weise ihre Stellung im Kampfe an den Tag legten. Und daß es einer Handelskammer sogar passieren muß, in ihrem Bericht den hier in der Kampfzeit zahlreich stationierten Gendarmen den Vorwurf zu machen, daß sie nicht für genügenden Schutz der Arbeitswilligen sorgten, ist ja sehr bezeichnend. Die Handelskammer wird auch mit ihrer Stimme für verstärkten Arbeitwilligenchutz der einzige Rufer in der Wüste bleiben. Hat man denn so schnell jene Reichstagsitzung aus der damaligen Zeit vergessen, in der gerade dem erhöhten Schutz für Arbeitswillige eine gründliche Abjage erteilt wurde? Die Handelskammer redet von einem „vom christlichen Metallarbeiterverbande vom Saune gebrochenem Streik, der sogar von den Arbeiterführern zu einem Machtkampfe gemacht wurde.“ Abgesehen davon, daß diese Behauptung geistiges Produkt der neidisch zur Seite blühenden Sozialdemokraten sind, wundere man sich nicht nur darüber, daß auch die Handelskammer diese Behauptungen sich zu eigen macht, sondern, daß sie auch in einer absolut einseitigen Weise so die Deffentlichkeit über den Kampf zu informieren sucht. „Es tut mir in der Seele weh, wenn ich dich in der Gesellschaft sehe“, so darf man auch heute ruhig der Handelskammer des Kreises Hierlohn zurufen.“

Diese Abfertigung der Handelskammer durch ein unparteiisches bürgerliches Blatt ist so durchschlagend, daß wir eigentlich nichts mehr hinzuzufügen brauchen. Am aber der Handelskammer zu zeigen, was „Los“ ist, wollen wir ihr einige Tatsachen ins Stammbuch schreiben.

Wahr ist die Behauptung, der Mendener Kampf von den christlichen Arbeiterführern vom Saune gebrochen und zu einer Machtprobe gemacht worden. Wahr ist, daß in Menden durch das starre Ablehnen jeglicher Verhandlungen die Arbeitseinstellung provoziert wurde, um die Arbeiterorganisation zu zertrümmern und um nachher desto rigorosier den Herr-in-Saune-Standpunkt hervortreten zu können. Dieses verhindert zu haben,

ist nicht nur ein Ruhmesblatt für den christlichen Metallarbeiterverband, sondern eine soziale Tat allerersten Ranges, denn die Menschen sind nicht für die Industrie da, sondern die Industrie für die Menschen.

Das Bestreben der Handelskammer, den streikenden christlichen Arbeitern alle möglichen Untaten anzuhängen, die sie Arbeitswilligen gegenüber begangen haben sollen, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Letzten Endes beweist aber der Ruf der Handelskammer nach Abschaffung des Streikpostenstehens und vermehrtem Arbeitswilligen-schutz, daß der Mendener Arbeitgeberverband trotz seiner halbjährigen Aussperrung keine Erfolge gegen die Arbeiterorganisation ertingen konnte, sondern mit seinem Latein zu Ende ist, was sich unsere Kollegen allerorts gut merken werden.

Mit solchen Wünschen und Forderungen werden die Unternehmer nicht durchbringen. Im Gegenteil; die gesetzgebenden Körperschaften haben aus dem Mendener Kampf ganz andere Schlüsse gezogen. Das möge folgende Reichstags-Resolution beweisen, die direkt durch die Mendener Aussperrung veranlaßt worden ist; sie lautet:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, nach welchen nur solche Arbeitgeber den Zuschlag auf Lieferung von Staatsaufträgen erhalten, welche:

1. den Arbeitern das Koalitionsrecht unangetastet lassen,
2. bei Einmündung von Offizien gleichzeitig ein Verzeichnis der bei ihnen gezahlten Löhne mit einreichen,
3. keine geringeren Löhne bezahlen und keine schlechteren Arbeitsbedingungen stellen wie in gleichartigen Staatsbetrieben oder gleichen privaten Unternehmungen, welche nicht für Meer und Marine arbeiten,
4. eine Einigungs- und Schiedsinstanz bezeichnen oder schaffen, welche berechtigt und verpflichtet ist, bei ausbrechenden Differenzen die Vermittlung zu übernehmen.

Diese Resolution ist auch im Plenum des Deutschen Reichstages angenommen worden. Daß sie durchgeführt wird, darauf kann sich die Hierlohner Handelskammer und auch die in Frage kommenden Metallindustriellen verlassen. Die Arbeiter haben nicht nur Pflichten gegen den Staat, sondern können auch Rechte beanspruchen. Sozialrückständige Unternehmer müssen sich endgültig damit abfinden, daß die Metallarbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einen mitbestimmenden Einfluß ausüben wollen.

Wenn die Metallarbeiter allerorts zu diesem mitbestimmenden Einfluß gelangen wollen, dann müssen sie ihre Organisation, den christlichen Metallarbeiterverband, immer mehr stärken.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.

Die hierauf bezüglichen Tabellen sind insofern nicht ganz vollständig, als sich nicht alle Vorgänge auf dem Gebiet der Lohnbewegungen reiflos in die Zahlenreihen einfügen lassen. Das trifft namentlich zu hinsichtlich der Aktionen des Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter. Auf die durch diesen erzielten Erfolge wird jedoch weiter unten noch näher eingegangen.

Im übrigen unterscheidet sich das Berichtsjahr auf dem hier in Rede stehenden Gebiete nicht wesentlich vom Jahre 1911. Daß die Kämpfe beträchtlich geringere Summen verschlangen, darauf ist bereits bei Beschreibung der Kassenverhältnisse hingewiesen worden. Die Bewegungen scheinen im Durchschnitt schneller zu einem Abschluß gebracht worden zu sein.

An der Spitze marschieren, was die Zahl der von Bewegungen erfaßten Personen anbelangt, die Metallarbeiter, die Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter, sowie die Textilarbeiter. Einen verhältnismäßig starken Anteil stellen auch die Holzarbeiter, die Tabakarbeiter, die Keram- und Steinarbeiter, sowie die Schneider. Soweit in den betr. Gewerben die Bewegungen zur ArbeitsEinstellung führten, überwogen, abgesehen von den Tabakarbeitern, die Agrarstreiks, zu denen überdies das härteste Kontingent von den bisher nicht erwähnten Bauarbeitern gestellt wurde. Damit ist gesagt, daß die Verbände weiterhin, wie im Vorjahre, die Wirtschaftslage als zu aktivem Vorgehen geeignet ansahen, und der Erfolg hat ihnen dann, wie es ebenfalls die Zahlen dartun, im großen und ganzen recht gegeben. Ein recht langwieriger Kampf stellte sich für die Metallarbeiter gegen Ende des Jahres in Menden ein: doch wurde derselbe erst im laufenden Jahre ausgefochten.

Die Tabakarbeiter übernahmen aus dem Vorjahre die Ausperrung in Westfalen und Norddeutschland. Diese Bewegung war einer gleichartigen am Niederrhein gefolgt. In beiden Fällen wurde mit außerordentlicher Hartnäckigkeit gekämpft, wie überhaupt dem Tabakarbeiterverband das Leben nicht gerade leicht gemacht wird. Die Bewegung in Westfalen und Norddeutschland zog sich dreizehn Wochen lang hin und umfaßte fast ein Viertel der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes. Sie durchlief alle Stadien, von der partiellen Arbeitseinstellung bis zur allgemeinen Aussperrung unter dem Schutze des Arbeitgeberverbandes. Typisch bei dieser Art von Kämpfen ist — das haben dann später auch wieder die Metallarbeiter in Menden bekräftigt gefunden —, daß, sobald

eine Hauptstelle von Arbeitgebervereinigungen sich hinter sie stellt, die Aktien für jeden Einigungsversuch sofort sehr wesentlich sinken. In England hat das Einigungswesen deswegen manche Erschütterung gelitten, weil die Arbeiter, falls bestimmte Arbeitgeber in der Einigungskörperschaft saßen, von vornherein mit absoluter Sicherheit das Scheitern aller Einigungsversuche voraussetzten. Nicht ganz unähnlich liegt die Sache bei uns beim Eingreifen von einzelnen Arbeitgeberverbands-Hauptstellen. Daß das ein Zufall wäre, wird wohl kaum jemand behaupten wollen. Hier ist es der Geist, der sich auswirkt. Gerade darin liegt der stärkste Beweis für die Notwendigkeit staatlicher Einrichtungen auf dem Gebiete des Einigungswesens. Für diejenigen, die guten Willens sind, bedürfte es dessen an sich nicht.

An Bewegungen, die sich in ihrer Bedeutung und Eigenart aus dem allgemeinen Rahmen herausheben, war das Berichtsjahr sonst weniger „reich“.

Recht erfolgreich gestaltete sich die Entwicklung der Dinge für den Holzarbeiterverband, der erhebliche materielle Verbesserungen durchweg auf friedlichem Wege hereinbrachte. Besonders wichtig war für ihn die im Frühjahr stattgehabte große Tarifbewegung für das Schneidergewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, woran der Verband stärker interessiert war, als der sozialistische Holzarbeiterverband. Die Bewegung endete friedlich durch Abschluß von 25 Tarifverträgen mit beachtenswerten Erfolgen. Alle Verträge haben den gleichen Wortlaut und laufen auf vier Jahre. Es kamen Lohnerhöhungen von 5—8 Pfennigen die Stunde und Verkürzungen der Arbeitszeit bis zu 4 Stunden wöchentlich heraus.

Mit einer großen Tarifbewegung hatten sich auch die Schmeider zu befassen. Hier kam es jedoch zum Kampfe, der drei Wochen währte und einen für die Arbeiter großenteils günstigen Verlauf nahm. In Verfolg dieser Bewegung sind Verhandlungen eingeleitet worden, um das bisherige Tarifverhältnis im Schneidergewerbe, dem die Abrundung und endgültige Ausführung noch fehlte, bis zum Reichstare durchzuführen. Der christliche Verband, dessen Haltung während dieser Bewegung mehrfach angegriffen und verdächtigt wurde, hatte die Genugtuung, seine Anschauungen schließlich anerkannt zu sehen.

In dem Bericht der Heimarbeiterinnen ist die Mitteilung beachtenswert, daß sich das Kaiserliche Statistische Amt an die Zentralstelle des Gewerkschaftsvereins mit der Bitte um eine sachliche Darstellung des im Dezember des Vorjahres beendeten Streiks in der Berliner Damenkonfektion gewandt habe. Wir registrieren die Mitteilung namentlich deswegen, weil sie vielleicht als ein Schritt angesehen werden kann auf dem Wege, die amtliche Streikstatistik in größerem Einklang mit den Angaben der Gewerkschaften zu bringen. Der bisher auf diesem Gebiete zu beklagende Mißklang ist ja keineswegs etwa eine bloße Formsache. Vielmehr beweist die partielle Ausnutzung der amtlichen Streikstatistik, in geuchtem Gegensatz zu der gewerkschaftlichen, durch manche literarischen Vertreter der Arbeitgeber, daß da Dinge von grundsätzlicher Wichtigkeit im Spiele sind.

Das Baugewerbe im engeren Sinne, einschließlich der Maurer, fand in der Vorbereitung auf die großen Tarifbewegungen im Berichtsjahre. Das brachte eine Menge Arbeit mit sich, namentlich solche erzieherischer Art, die sich größtenteils in Konferenzen vollzog. Dazu kamen statistische Aufnahmen, die das einzelne Mitglied in Bewegung setzten und teilweise in Buchform zur Verarbeitung gelangten. Diese Tätigkeit und ebenso die ganze Auseinandersetzung in den Tarifinstanzen ist im Hinblick auf das Erziehungs- und Bildungsweisen von höchstem Belang. Hier wird die Arbeiterschaft gezwungen, ihren Standpunkt unter stichhaltiger Begründung und in der Auseinandersetzung mit den Argumenten der andern Partei und der Vertreter der Allgemeinheit, wie sie durch die Unparteiischen verkörpert werden, zu vertretzen. Da heißt es, die Dinge klar sehen, nicht, wie man sie gerne sehen möchte, sondern wie sie wirklich sind, an die Stelle des Gewünschten das Erreichbare setzen. Es erwächst das Verständnis auch für die Stellung der Arbeitgeber. Dann lernen die Arbeiter, in gewerbe- und wirtschaftspolitische Materien sich vertiefen. Für Gesichtskreis wird weiter, ihr Urteil vorsichtiger abwägend.

Einen Gesamtüberblick ermöglicht Tabelle 3. Bei einer Gegenüberstellung der Ziffern dieses und des vorjährigen Berichtes verdienen insbesondere noch die folgenden Daten Beachtung: Die Gesamtzahl der Bewegungen und der in dieselben einbezogenen Personen war in beiden Jahren fast dieselbe; die Zahlen des Berichtsjahres gehen allerdings noch etwas über die des Vorjahres hinaus. Auch diesmal wieder macht sich der Einfluß der tarifgebundenen Gewerbe bemerkbar. So hatten allein die Bauarbeiter in 1910 33 271, in 1911 dagegen 4785 und im Berichtsjahre nur 3885 Mitglieder in Bewegungen einbezogen. Im Berichtsjahre ist die Zahl der friedlich verlaufenen Bewegungen an sich sowohl, wie auch hinsichtlich der Zahl der beteiligten Personen verhältnismäßig noch um etwas höher als im Vorjahre. Damals waren 69 Prozent aller Bewegungen mit 64 Prozent der Beteiligten zu einem friedlichen Austrag gebracht worden. Diesmal sind es 70 Prozent der Bewegungen mit nicht weniger als 78 Prozent der beteiligten Personen. Auf diesen Umstand ist auch die früher erwähnte erhebliche Ermäßigung der Ausgaben für Streiks zurückzuführen. Jedenfalls ist hiermit dem umfänglichen Vorgehen der christlichen Gewerkschaften bei der Einleitung von Bewegungen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt.

Bemerkenswert ist, daß auch diesmal wieder die Agrarstreiks nicht nur den Löwenanteil für sich beanspruchten,

Sondern auch sich fast auf genau derselben Zahlhöhe halten, wie in dem Jahre vorher. Bezüglich der anderen Kategorien der Arbeitsleistung sind einige Veränderungen von Belang eingetreten. Die nachstehende Aufstellung führt am besten in die Einzelheiten ein:

Table with 4 columns: Anzahl, 1911, 1912, Beteil. Personen, 1911, 1912. Rows: Angriffstreiks, Abwehrtreiks, Ausperrungen.

Das Anschwellen der Zahl der Abwehrtreiks scheint keine große Bedeutung zu beanspruchen, weil die Zahl der beteiligten Personen ziemlich gefallen ist. Eher dürfte die Ge-

haltung der Dinge auf dem Gebiete des Aussperrungswesens einige Aufmerksamkeit beanspruchen. Hier ist sowohl die Zahl der Fälle, wie auch diejenige der davon betroffenen Personen merklich gefallen. Das dürfte wesentlich damit zusammenhängen, daß die Textilarbeiter im Berichtsjahre von größeren Aussperrungen, wie sie in den vorausgegangenen Jahren fast regelmäßig zu verzeichnen waren, verschont geblieben sind. Weitergehende Schlüsse kann man selbstverständlich aus den mitgeteilten Zahlen nicht ziehen, weil von einer bestimmten Tendenz bisher nicht gut geredet werden kann.

Was die Ursachen für das Eintreten in die Bewegungen anbelangt, so sieht man mehr wie im Jahre vorher das Streben nach Lohnerhöhungen im Vordergrund. Die Ursache der Streiks und Aussperrungen war:

Tabelle III. Zahl der Bewegungen und Streiks sowie der an denselben beteiligten Personen.

Large table with columns: Organisation, Bewegungen, Streiks und Aussperrungen, Bewegungen und Streiks wurden geführt. Rows include various worker categories like Bauarbeiter, Metallarbeiter, etc.

1) In 2 Fällen mit 99 Beteiligten hatten sich Angriffstreiks zu Aussperrungen entwickelt. 2) Wobor 31 Orte betroffen wurden.

Tabelle V.

Table with columns: Berufe, Es wurden erzielt. Rows include Bauarbeiter, Metallarbeiter, etc., with sub-columns for members and wage increases.

1) Außerdem ergab sich für eine Anzahl Mitglieder eine Arbeitszeitverlängerung um 24 Stunden pro Woche, indem für sie eine achtstündige, anstatt der zwölfstündigen, Arbeitszeit ohne Lohnminderung eingeführt wurde.

Table with columns: Anzahl der Fälle, 1911, 1912. Rows: Forderungen höheren Lohnes, Forderungen verkürzter Arbeitszeit, etc.

Nach den mitgeteilten Zahlen zu urteilen, haben die Arbeiter die Wirtschaftslage im Berichtsjahre zu Vorstößen im Sinne der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen für günstig angesehen. Dabei ist die Beobachtung interessant, daß mit an der Spitze solche Verbände marschieren, die in der Hauptsache mit tariflichen Verhältnissen zu rechnen haben. Als ein Moment zur Beurteilung dieser Tatsache ist anzusehen, daß, wie aus der Beantwortung unserer Fragebogen hervorgeht, die Zahl der Bewegungen, welche sich auf die Ein- und Durchführung von Tarifen beziehen, ständig im Aufsteigen begriffen ist. So berichten beispielsweise die Bauarbeiter allein von 31 Streiks zur Durchführung besteh. Tarifverträge; außerdem berichten die Metallarbeiter von drei ähnlich gelagerten Fällen, die Textilarbeiter von 1, die Holzarbeiter von 9, die Keramarbeiter von 2, die Lederarbeiter von 1, die Gasthausangestellten von 8, die Graphiker von 1. Bei den Malern ist jedoch die Rede von acht Werkstättenbesitzern auf Grund des Paragraphen 10 des Reichstarifvertrages zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz.

Table with columns: erfolgreich, teilw. erfolgr., erfolglos. Rows: Angriffstreiks, Abwehrtreiks, Aussperrungen.

Noch immer steht bei den Angriffstreiks der Erfolg überwiegend auf Seiten der Arbeiter, bei den Abwehrtreiks und Aussperrungen dagegen überwiegt der teilweise Erfolg. Jedenfalls haben die christlichen Gewerkschaften keine Ursache, mit ihren Erfolgen in dieser Beziehung unzufrieden zu sein. Ihre Zahlen heben sich meistens vorteilhaft von denjenigen der allgemeinen Streikstatistik ab.

Tarifvertragsabschlüsse fanden 325 im Berichtsjahre statt, gegenüber 367 im Vorjahre. Die Verminderung ist eine selbstverständliche Folge der größeren Zentralisation im Tarifvertragswesen. An die Stelle vieler kleiner Verträge tritt ein oder einzelne größere. Uebrigens beweist die Gesamtzahl der Verträge, an denen die christlichen Gewerkschaften beteiligt waren und die 1284 (gegenüber 1122 in 1911) betrug, daß die Tarifverpflichtung für die christlichen Gewerkschaften trotzdem noch ständig im Steigen begriffen ist.

In der Tabelle V ist eine gebräugte, aber keineswegs vollständige Uebersicht gegeben über die im Jahre 1912 seitens der einzelnen Verbände erzielten Erfolge, soweit dieselben sich zahlenmäßig erfassen lassen und im Berichtsjahre selbst in Wirksamkeit traten. Eines besonderen Hinweises bedarf es noch auf die seitens des Gewerbevereins der Bergarbeiter erzielten Errungenschaften. Eine Bewegung im Saarland brachte für rund 250 Hauer und Lehrhauer 5 Prozent Lohnerhöhung, sowie für 150 Schichtführer 20 Pfg. für die Schicht; eine weitere Bewegung, ebenfalls im Saarland, für mehr als 200 Mann 5 Prozent Lohnerhöhung. In Sibirien erhielten etwa 500 Schichtführer 10 Pfg. mehr für die

Schicht; ähnlich war es im Bezirk der Inbetrieb Wienenburg a. S. Bei den staatlichen Bergwerken in Bayern erzielten etwa 4500 Mann eine Schichtloohnerhöhung von 20 Pfennig. Beachtenswert waren auch die Erfolge auf Grund Lübeck, im rheinischen Steintrevier, die die Löhne von 4,26 Mark teils auf 4,45 M., teils bis auf 4,70-4,80 M. für Hauer (350 Mann) erhöhten. Auch die Durchschnittslöhne der übrigen Arbeiter (etwa 150 Mann) stiegen um 10-25 Pfg. pro Schicht. Noch nicht abgeschlossen sind die Ende des Jahres eingeleiteten Bewegungen im Braunkohlenrevier (Mitteldeutschland und Braunschweig), sowie im Wurmtrevier. Die Erfolge der großen Bewegung im Saarrevier zu Ende des Jahres lassen sich nicht ziffermäßig festlegen.

Auch in der oben stehenden Tabelle handelt es sich ausschließlich um Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit. Jede zahlenmäßige Statistik muß sich gezwungenermaßen hierauf beschränken, während die vielen Erfolge grundsätzlicher Natur, dann diejenigen auf dem Gebiete der Sozial-Hygiene, des Bildungswesens, der sachlichen Anleitung, wie überhaupt alles, was die Arbeits- und Lebensbedingungen des Arbeiters betrifft, aber nicht in Zahlen darstellbar ist, notwendigerweise hinfällig gelassen werden muß. Ebenso ist es mit der Abwehr von Verschlechterungen, den Verbesserungen von Werkzeug und Arbeitsgeräten, wie überhaupt mit alledem, was den Arbeitsprozeß für den Arbeiter erleichtern kann. Einzelne Verbände haben auch in dieser Beziehung Angaben gemacht. Interessant ist namentlich, was die Textilarbeiter über die verhandelten Lohnverkürzungen schreiben: Für 122 Mitglieder wurde eine Lohnreduzierung bis zu 1 Mark, für 23 Mitglieder eine solche bis zu 2 Mark und für 97 Mitglieder eine solche bis zu 3 Mark pro Woche verhindert. Von dem gleichen Verband wird berichtet, daß für 232 Mitglieder ein Sommerurlaub von drei bis sechs Tagen (je nach der Dauer der Beschäftigung) erzielt wurde. Andere Verbesserungen betrafen die Art der Entlohnung. Von Urlaubsgewährung, die mehr und mehr zu einer ständigen Rubrik wird, berichten auch die Staats- und Gemeindearbeiter, denen im übrigen bei einer Reihe von Bewegungen die Einführung von Arbeiterauschüssen gelang. Die Tabakarbeiter erzielten für 58 Mitglieder einen jährlichen Urlaub von vier Tagen, sowie die Uebernahme der ganzen Verantwortungsbürde zu Lasten des Arbeitgebers. In 11 Fällen wurde besseres Material, in 2 bessere Behandlung, in 3 weiteren freie Zurichtung des Materials und in 10 sonstigen Fällen andere Verbesserungen zugesichert. Die Nahrungsmittel- und Genussmittelindustriearbeiter verzeichnen die Neueinführung von zwei bis sechs Tagen Ferien für 304 Mitglieder. Die Gärtner schließlich erreichten verschiedentlich die Abschaffung des Kost- und Logiswesens und damit einen zweifellosen Fortschritt in den beruflichen Verhältnissen.

Aus der Organisationspraxis.

Die im allgemeinen Bericht und bei Besprechung der Mitgliederentwicklung, wie auch schon früher (im Ausschlußbericht) erwähnte Aufteilung des Verbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter verdient in organisationstechnischer Hinsicht ein besonderes Interesse. Die bisherige Zusammenfassung war einzig und allein in der geschichtlichen Entwicklung der Verhältnisse begründet. Gewiß schlang das allen christlichen Gewerkschaften gemeinsame Organisationsprinzip ein vereinigendes Band um die verschiedenen Kategorien der in dem Verband gesammelten Arbeiter. Aber schon die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung haben hervorgehoben, daß selbst bei stärkstem

Ueberwiegen des Prinzips die Organisationsform nicht veranlaßt werden darf. Inzwischen sind die darauf einwirkenden Momente nicht schwächer, sondern entschieden noch stärker geworden. Die mit unserer industriellen Entwicklung einhergehende, ständig zunehmende Arbeitsteilung hat, zumal nach dem immer stärker werdenden Begehre nach qualifizierter Arbeit, die Interessen auch im Arbeiterstande in dieser Hinsicht stark differenziert, so daß die Organisation zur Wahrnehmung dieser Interessen nicht schablonenmäßig verfahren, sondern individualisieren muß, wenn alle Chancen ausgenutzt werden sollen. Dies um so mehr, als die inzwischen sehr verstärkte Arbeitgeberbewegung ebenfalls eine branchenmäßige Gliederung aufweist. Bei dieser Sachlage war es nicht möglich, auf die Dauer Straßenbahner und Banarbeiter, Militäranwärter- und Forstarbeiter, Arbeiter im Handeltsgewerbe und in chemischen Fabriken in einem Verbande zu sammeln. Die Entdeckung der Konkurrenzorganisationen wie denn auch allzu deutlich darauf hin, daß die mangelhafte Organisationsgrundlage das schlimmste Hindernis für die Entwicklung der christl. Gewerkschaften in den betr. Berufen sei. Aus dieser Erkenntnis heraus drängte der Gesamtverband schon seit Jahren auf eine Trennung und Neueinrichtung von mehreren beruflich gleichartigen Verbänden, wollte die Maßnahme jedoch nicht gegen den interessierten Verband durchzuführen. Die vorjährige Generalversammlung des Verbandes trat den Vorschlägen des Gesamtverbandes bei, worauf in besonderen Konferenzen der einzelnen Gruppen aus dem bisherigen Verbande die Bildung folgender vier Verbände beschlossen wurde: 1. Verband der Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter, 2. Verband der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner, 3. Verband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter, 4. Verband der Militäranwärter. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn diese Trennung schon vor 5-6 Jahren durchgeführt worden wäre, aus den in Frage kommenden Arbeiterkategorien heute den christl. Gewerkschaften 20-30 000 Mitglieder mehr angehören würden. Die Agitationsfreudigkeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter aus den einzelnen Gruppen ist jetzt schon viel stärker entwickelt, als es in dem früheren Sammelverbande anzutreffen war.

Eine gewisse einheitliche Richtung erhielten mehrere Generalversammlungen im Berichtsjahre dadurch, daß das Interesse der Berufsgenossen auf die gleichen Gesichtspunkte für die Entwicklung der Berufsverhältnisse gelenkt wurde. So ließen sich verschiedene Verbände sachkundige Vorträge halten über die Bedeutung der demnachst bevorstehenden Veränderungen und Neuerungen hinsichtlich der Zoll- und Handelspolitik für den betr. Beruf. Je mehr die deutsche Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft verflochten wird, desto komplizierter wird das Netz der bei Erneuerung von Handelsverträgen einschlägigen Fragen. Mit den betreffenden Zusammenhängen müssen auch die Arbeiter insbesondere jener Industrien, die stark mit dem Weltmarkt verflochten sind, vertraut gemacht werden, damit bei den demnächstigen handelspolitischen Kämpfen eine wirksame Wahrnehmung der einschlägigen Arbeiterinteressen erfolgen kann.

Gleiche Gesichtspunkte überragen dann auch ferner bei der auf mehreren Generalversammlungen erfolgten Behandlung des Berufsarbeiterschutzes. Die von den Metallarbeitern auf ihrer Dortmunder Tagung aufs neue unter sachkundiger Anleitung angeschuittene Reform der Bundesratsberufung für die Großindustrie hat in der breiteren Öffentlichkeit starken Widerhall gefunden. Insbesondere hat sich über die Frage der Arbeitszeit in den ununterbrochen im Betrieb befindlichen Werken, über den Schichtwechsel in diesen Betrieben usw. eine öffentliche Diskussion abgespielt, an der sich die beteiligten Unternehmerkreise mit mehr Erregung als durchschlagenden und überzeugenden Argumenten beteiligten. Zu einem Abschluß ist diese Diskussion auch heute noch nicht gelangt; doch ist die Position der christlichen Arbeiter in dem Meinungsaustrausch eine unverkennbar günstige. Die Textilarbeiter betonten in einer ausführlichen Entschiedenheit die Notwendigkeit stärkerer Interessierung der Arbeiter für den Beruferschutz und stellten Richtlinien auf für die zweckmäßige Sammlung und Vertretung des einschlägigen Materials und zwar unter weitgehender Beteiligung der zentralen Geschäftsstelle für diese Zwecke. Die Holzarbeiter machten Vorschläge für eine Reform der Selbstarbeit in der Holzindustrie und zwar insbesondere im Anschluß an die Maßnahmen, die zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes zu treffen sind.

Ueber dieses letztere Gesetz und das, was dasselbe den Beteiligten an Pflichten und Rechten auferlegt, fand überdies eine Konferenz aller an der Hausarbeit interessierten Verbände statt, die zu einer ausgiebigen Aussprache und zu einem Entschluß über den auf diesem Gebiete grundsätzlichen einschlägigen Weg führte. Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen hat versucht, sich eine Mitwirkung bei der Durchführung der verschiedenen Bestimmungen zu sichern. In Wiesbaden wurde er um Vorschläge zur Einrichtung der Listen für die Registrierpflicht ersucht; diese Vorschläge wurden sodann allen vorstehenden Gewerbeinspektionen zugestellt. Auch sonst wurden die Zweigvereine des Gewerbevereins im Lande zu den Beratungen über Einzelheiten der örtlichen Durchführung des Gesetzes mehrfach hinzugezogen. In ähnlicher Richtung liegt das Vorgehen der Behörde in Frankfurt a. M., welche die Lohnlisten der Betriebswerkstätte der dortigen Ortsgruppe des Gewerbevereins als Norm für die Vergabung städtischer Aufträge in Submission übernommen hat.

Wie in den Vorjahren, so spielte auch im Berichtsjahre wieder der Kampf um die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises eine Rolle. Im Kreise Hagen-Schwelm, wo bereits im Jahre 1910 rund 20 000 Arbeiter zehn Wochen gekämpft hatten, bis ihnen die unparteiische Handhabung des vom Arbeitgeberverein errichteten Arbeitsnachweises zugesagt wurde, erwies sich ein neuer Kampf gegen die willkürliche Ausnutzung des Nachweises insbesondere zur Belästigung der Arbeiterorganisationen als notwendig. Weit mehr im Vordergrund stand indes die Agitation der christlichen Arbeiter in verschiedenen handwerksmäßigen, tariflich geregelten Gewerben (Holzarbeiter, Schneider, Maler, Guttenbergbund), um eine „paritätische“ Behandlung der christlich organisierten Arbeiter durch diese Nachweise zu erzielen. Bei den Holzarbeitern und Malern löbte sich die Frage schließlich zu einer Abwehr gegen das Obligatorium zu. Diese Bestrebungen fanden eine kräftige Unterstützung durch die Aussprache auf dem Dresdener Kongress. Die Frage hat denn auch, allerdings erst im laufenden Jahre, wenigstens in den bezeichneten Gewerben, eine Regelung gefunden, die der von sozialistischer Seite angestrebten Ausgestaltung des Arbeitsnachweises die ärgsten Giftzähne auszieht. Es gibt nicht wenige Kreise, welche von dem großen Interesse, das die christlichen Arbeiter dieser Frage gegenüber an den Tag legen, eigenartig berührt erscheinen. Und doch bedarf es nur des Sündenbekenntens in die Lage der christlichen

Arbeiter in den betr. Berufen, um zu erkennen, daß sie da nicht um die erste beste Agitationsforderung, sondern im letzten Grunde um freien Spielraum für die Betätigung ihrer Ueberzeugung kämpfen. Dieser Kampf sollte umso eher Verstandnis finden, als das Interesse der christlichen Gewerkschaften in diesem Punkte mit dem Interesse des Gewerbes und demjenigen der ganzen Volkswirtschaft identisch ist.

Für das interne Organisationswesen interessant ist das Experiment der Beram- und Steinarbeiter zur Eindämmung der namentlich in ländlichen Gegenden stark auftretenden Mitgliederfluktuation. Der Verband hat in seinem ganzen Gebiet die monatliche Abrechnung der Vertrauensleute durchgeführt. Aus den ausgefüllten Formularen, so berichtet der Verband, ist jeden Monat die genaue Beitragsleistung jedes einzelnen Mitgliedes ersichtlich, somit auch der kleinste Beitragsrückstand; aber auch die Ursache für etwaige Rückstände. Das Ergebnis wird Monat für Monat in den Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen besprochen und danach an die Bezirksleiter weitergegeben, die dann geeignete Schritte veranlassen. Das Verfahren hat sich bisher durchaus bewährt.

Das Organisationsleben mancher christlichen Gewerkschaftsverbände kann nicht zureichend beurteilt werden, wenn nicht der besonderen Verhältnisse gedacht wird, unter denen es sich abspielen muß. Das trifft namentlich bezüglich des Gutenbergebundes zu. Die Gehilfenchaft im Buchdruckgewerbe ist, soweit sie überhaupt organisationsfähig ist, sozusagen vollständig organisiert. Daher muß gewissermaßen um jeden einzelnen Mann gerungen werden, jedoch ein Gewinn von einigen hundert Mitgliedern immerhin von Bedeutung ist. Umso mehr, als, wie satfam bekannt, der Gutenbergebund es mit einem Gegner zu tun hat, der nicht nur eine starke zahlenmäßige Uebermacht auf seiner Seite hat, sondern auch alle Tarifforderungen streiflos für sich ausnützt. Dazu genießt er auch sonstige Vorteile, die dem Gutenbergebund freitragend gemacht werden. Das ist namentlich der Fall, soweit die Gewinnung der gewerblichen Jugend in Frage steht. Der Gutenbergebund ist im Jahre 1910 seitens des deutschen Buchdruckervereins (Prinzipalorganisation) aufgefordert worden, seine in guter Entwicklung befindliche Jugendabteilung anzuknüpfen. Begründet wurde dies damit, daß ein Weiterbestehen der Jugendabteilung als nicht mit dem Tarifvertrag vereinbar angesehen werde. Dies die Verhandlung des Gutenbergebundes. Wie aber wird dem sozialistischen Buchdruckerverband gegenüber verfahren? Dieser unterhält in einer ganzen Reihe von Orten Jugendabteilungen, die sich angeblich nur mit der technischen Fortbildung ihrer Mitglieder befassen, in Wirklichkeit aber, wie der „Typograph“ mehrfach nachgewiesen hat, regen Weiterbildung unter den jungen Buchdruckern betreiben. Daran wird indes keinerlei Anstoß seitens des deutschen Buchdruckervereins genommen. Ueberdies mißbraucht der sozialistische Verband auch gewerbliche Fachschulen zur Propaganda für seine Bestrebungen.

Die Jugendarbeit macht sich im übrigen auch in den sonstigen Maßnahmen der Verbände bemerkbar. In der Großindustrie, vor allem im Bergbau, in der Metall- und Textilindustrie, erfordert der Jugendschutz eine besondere Beachtung, was in entsprechenden Entschlüssen und praktischen Vorschlägen zum Ausdruck kommt. Die Textil- und Tabakarbeiter haben ihre Aufmerksamkeit dem Bemühen gewisser Kreise innerhalb ihrer Industrien geschenkt, durch Lehrverträge sich billige und willige Arbeitskräfte zu verschaffen, obwohl solche Lehrverträge in der heutigen Verfassung der betr. Industrien keinerlei Grundlage haben.

Unter die Mittel und Wege zur Pflege der Wirtschaftlichkeit in unserer Arbeiterschaft sind die Bestrebungen zu rechnen, seitens der christlichen Gewerkschaften in geeigneter Weise der Mäßigkeitsbewegung ihre Unterstützung zu leisten. In diesem Sinne haben, nachdem andere Verbände bereits vorgegangen, im letzten Jahre auch die Textilarbeiter vorzugehen beschlossen. Die Generalversammlung dieses Verbandes konnte übrigens mit Recht darauf hinweisen, daß die Gewerkschaften an sich schon, „durch Wahrung des Pflichtgefühls und Standsbewußtseins und durch Erziehung zur Selbstständigkeit in wirksamer Weise zur Entfaltung der Mäßigkeit im Genuß geistiger Getränke beigetragen“ haben. Es ist ja eine, in der Öffentlichkeit vorhanden wohl noch zu wenig beachtete Erscheinung, daß die Gewerkschaften bei größeren Kämpfen meist den Alkoholgenuss unterdrücken, was dann natürlich leicht eine Einwirkung auch für später zur Folge hat.

Schlussbemerkungen.

In der Erklärung vom 3. Juni 1912, die der Vorstand des Gesamtverbandes gelegentlich des Gewerkschaftstretes veröffentlichte, wurde ausgeführt, die christlichen Gewerkschaften seien „organisch und unzertrennbar verzahnt mit dem gesamten volkswirtschaftlichen und staatlichen Leben der Nation“. Der vorstehende Jahresbericht beweist die Wahrheit dieses Satzes mit hinreichender Deutlichkeit: Der grundsätzliche Kampf, den die christlichen Gewerkschaften während des ganzen Jahres um ihre Gesamtstellung führten mußten, ist an ihrem inneren Organisationsleben spurlos vorbeigegangen. Die rund 6 Millionen Mark Jahresbeiträge wurden regelmäßig geleistet, die Mitglieder erhielten ihre Unterstützungen von zirka 2 Millionen Mark ohne Unterbrechung ausständig, und auch auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifberatungen ist in 1912 ein Unterschied gegenüber dem Vorjahre nicht zu beobachten gewesen. Alles ging seinen ruhigen ungestörten Gang. Organisationen, die mit der Wirklichkeit verfahren sind, lassen sich eben nicht ohne weiteres beliebig umgestalten.

Hinsichtlich der Mitgliederbewegung hat das Jahr 1912 die christlichen Gewerkschaften nicht bedrückt; es war eine Stagnation zu beobachten. Diese ist indes weniger in den äußeren Umständen und Kämpfen begründet, denen die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre ausgesetzt waren. Nach dieser Richtung hin hat sich die christliche Gewerkschaftsbewegung innerlich kräftigster und geistiger erwiesen, als ihre Gegner der verschiedensten Richtungen geglaubt und angenommen haben mögen. Die Stagnation ist vielmehr, wie bereits dargelegt, hauptsächlich auf innerorganisatorische Vorgänge zurückzuführen. Hätte der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sich an dem Ruhrbergarbeiterstreik beteiligt, und hätten nicht einige größere Verbände (in Vorfrage für die Zukunft) im Berichtsjahre größere Beitragsrückstellungen durchgeführt, so hätten die christlichen Gewerkschaften, wie dies aus der Mitgliederbewegung der einzelnen Verbände mit ausreichender Klarheit zu ersehen ist, auch in 1912 sich eine Gesamtmitgliedszunahme von 20-30 000 sichern können. Aber auch die Gegner der christlichen Gewerkschaften werden zugehen müssen, daß die von letzteren im Berichtsjahre ausgeprägten Kämpfe für die zukünftige Position der christlichen Gewerkschaftsbewegung bedeutungsvoller sind, als eine einmalige Mitgliederzunahme. Der sozialdemokratischen Bewegung mußte, wie die Dinge sich entwickelt hatten, beim Ruhrberg-

arbeiterstreik mit all seinen bitteren Bekehrungserscheinungen der Nachweis erbracht werden, daß die christlichen Gewerkschaften die Kraft und die innere Festigkeit besitzen, um sich einer unerbittlichen, struppelosen Streikaktion zu wehren zu können. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften müssen allmählich zu der Einsicht und Erkenntnis gebracht werden, daß große Streiks, die in der Sache, oder in den äußeren Umständen, oder in den allgemein anerkannten gemeinschaftlichen Grundgesetzen nicht begründet sind, aus den Mitteln auszuscheiden haben, mit denen man glaubt, die christliche Gewerkschaftsbewegung niederzuringen zu können. Mit Kämpfen, die gewerkschaftlichen Standards gleichen, wie die Vorgänge im Frühjahr 1912 an der Ruhr und neuerdings wieder bei der Färberbewegung in Krefeld, sind die christlichen Gewerkschaften nicht niederzubütteln; damit wird höchstens die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit kompromittiert. In Krefeld wäre es jedenfalls keiner sozialdemokratischen Organisation in den Sinn gekommen, es auf eine Aussperrung von 20 000 Arbeitern ankommen zu lassen — nachdem die hauptsächlichsten Forderungen der streikenden Färber bewilligt waren —, wenn an dem Kampfe nur sozialdemokratische Organisationen beteiligt gewesen wären, und wenn nicht von den Opfern der Aussperrung in der Hauptsache der christliche Textilarbeiter betroffen worden wären. Daß in solcher Situation und bei einem Kampfe, der an sich nicht zu verantworten war, der christliche Textilarbeiterverband mit der sozialdemokratischen Organisation nicht gemeinsame Wege gehen konnte, ist eine mit den Händen zu greifende Selbstverständlichkeit. Ein anderes Verhalten des christlichen Textilarbeiterverbandes wäre mit Selbstmord gleichbedeutend gewesen. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband war also schlecht beraten, als er bei solcher Sachlage weiter streikte und etwa eine Million Mark, die von den gering entlohnten Textilarbeitern aufgebracht werden mußten, nutzlos verpulverte. So lange es noch sozialdemokratische Organisationen gibt, die in bestimmten Bezirken und bei den verschiedensten Kämpfen darüber nachgrübeln, wie die christlichen Gewerkschaften am wirksamsten geschädigt werden können, ist auch für die Zukunft ein erträgliches Nebeneinander- und besseres zeitweises Miteinandearbeiten nicht zu erwarten.

Bei Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern, bei denen man lediglich und ausschließlich das Ziel verfolgt, in vernünftigen Grenzen für die Arbeiter einen größeren Ertrag am Produktionsprozeß herauszuholen, haben die christlichen Gewerkschaften sich nie abseits gestellt. 1910 kämpften die christlichen Bauarbeiter neun Wochen lang Schulter an Schulter mit den übrigen Bauarbeiterorganisationen; auch dieses Jahr ist die Bauarbeiterbewegung einmütig unter ehrlicher Mitwirkung des christlichen Bauarbeiterverbandes durchgeführt worden. Bei dem mehrere Monate uniaffenden Kampf im Malergewerbe, der die letzten Wochen beendet wurde, hat der christliche Malerverband treu durchgehalten und an der Durchkreuzung der Pläne der Arbeitgeber reichlich mitgewirkt. Die Tarifbewegungen im Holzgewerbe werden schon seit Jahren zwischen den verschiedenen Arbeiterverbänden gemeinsam geführt, ohne daß größere Differenzen dabei hervorgerufen sind. Wenn dagegen im Ruhrbergbau und in der Krefelder Samt- und Seidenindustrie bei Bewegungen es schon mehrfach zu größeren Zerwürfnissen unter den beteiligten Arbeiterorganisationen gekommen ist, so sind die wahren Ursachen dafür im sozialdemokratischen Lager zu suchen.

Die christlichen Gewerkschaften sind nicht willens, die Arbeiter schutzlos den Unternehmern zu überantworten, wie ihnen das die sozialdemokratische Agitation innewirrig unterstellt. Weshalb lägen sie sonst mit den katholischen Fachabteilungen seit zwölf Jahren im heftigen Kampfe? Doch nicht in erster Linie deshalb, weil die katholischen Fachabteilungen sich auf die konfessionelle Organisationsform kaprizieren, als vielmehr deswegen, weil die konfessionelle Zersplitterung auf gewerkschaftlichem Gebiete eine weitere, nicht hinreichend begründete Schwächung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft bedeutet und weil das „Berliner“ Gewerkschafts- und Wirtschaftssystem die Arbeiter zur völligen Ohnmacht verurteilt gegenüber kapitalstarken und sozialrückständigen Unternehmern. Auch die scharfe Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber den „Selben“ wäre sinnlos, wenn sie vorhätten, sich mit den Bestrebungen der letzteren zu identifizieren. In einer Zeit, in der die Unternehmerorganisationen in einer einheitlichen Zentralfstelle zusammengefaßt werden, in der mit den erdenklichsten Mitteln (Beinflussung und Terrorisierung der Presse, Ansturm gegen die Befreiheit der Hochschulen und Schaffung von den Unternehmern günstig gefinanzten Professuren usw.) gegen jede ernsthafte Arbeiterbewegung Sturm gelaufen wird, sollte man meinen, daß die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen sich vorbringlichere Aufgaben gestellt hätten, als die Anzettelung von Kämpfen, mit denen man in erster Linie glaubt, eine unbenutzte Arbeiterorganisation schädigen zu können.

Im ersten Quartal dieses Jahres haben wieder eine Anzahl Verbände einen größeren Zuwachs an Mitgliedern aufzuweisen. Wenn das deutsche Wirtschaftsleben in 1913 von einem größeren Konjunkturrückgang verschont bleibt, werden die christlichen Gewerkschaften das laufende Jahr — soviel steht jetzt schon fest — wieder mit einem größeren Mitgliederzuwachs abschließen. An den Mitgliedern, Vertrauensleuten und Funktionären der christlichen Gewerkschaften liegt es, zu beweisen, daß die verschiedensten Gegner unserer Bewegung weder unsere Mitgliederbestand zu erschüttern, noch unseren Vormarsch für längere Zeit zu hindern vermögen.

Cöln, 30. Juni 1913.

Das Generalsekretariat.

Gewerkschaftliche Grenzsteine.

Kürzlich hat das Siegburger Kartell der christlichen Gewerkschaften eine Versammlung veranstaltet, um Stellung zu nehmen gegen die arbeitserfündlichen Bestrebungen der Bonner Handelskammer. In dieser Versammlung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute hier versammelten Arbeiter der königlichen Geschloßfabrik, des Feuerwerkslaboratoriums und der Eisenbahnverwaltung sowie der Privatindustrie protestieren ganz entschieden gegen die Bestrebungen der Bonner Handelskammer, die den Zweck verfolgen, einerseits den Privatarbeitern den Eintritt in die königlichen Werke zu sperren, andererseits die königlichen Verwaltungen zu veranlassen, eine rückwärtige Sozialpolitik einzuführen. Die Versammelten be-

bauern lebhaft, daß derartige Bestrebungen aus denjenigen Kreisen zu verzeichnen sind, die verlangen, daß von der Arbeiterschaft für die Bedeutung der Landwirtschaft, des Bauhandwerks und der Industrie Verständnis an den Tag gelegt werden soll. Die Versammlung beauftragt den christlichen nationalen Zentralverband deutscher Militärhandwerker und -arbeiter, den maßgebenden Behörden die trübseligen Verhältnisse darzulegen und die unrichtigen Angaben der Handelskammer unrichtig zu machen. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß derartigen Bestrebungen am besten durch eine zielbewusste, moderne Organisation, wie diese der christlich-nationale Zentralverband deutscher Militärhandwerker und -arbeiter ist, mit Erfolg entgegenzuarbeiten werden kann. Die Versammlung fordert alle Staatsarbeiter auf, sich dem Zentralverband deutscher Militärhandwerker und -arbeiter anzuschließen, um derartigen staatsarbeiterfeindlichen Bestrebungen mit Erfolg entgegenzuarbeiten.“

Somit diese Resolution die Bestrebungen der Bonner Handelskammer verurteilt, sind wir gemäß mit ihr einverstanden. Ganz entschieden aber legen wir Verwahrung dagegen ein, daß das Siegburger Kartell der christlichen Gewerkschaften in seiner Versammlung eine Resolution angenommen läßt, in welcher den Arbeitern der Siegburger Geschloßfabrik und Geschloßfabrik einzig und allein der Militärarbeiterverband als Interessenvertretung zugewiesen wird. Dem Kartell kann es nicht unbekannt sein, daß der christliche Metallarbeiterverband die allein in Frage kommende Organisation ist für die Metallarbeiter, und zwar für Gelehrte und Ungelernte; wozu selbstverständlich auch die Metallarbeiter in den Artillerieregimenten, Munition-, Geschloß-, Gewehrfabriken und Geschloßwerkstätten gehören. Die Resolution des Kartells ist unsso verunsichernd, weil seit Jahren in Siegburg eine Anzahl Kollegen in unserem Verbande organisiert sind. Die Stellungnahme des Kartells ist unbillig und von unseren Kollegen, Beamten sowohl wie Mitgliedern erwartet, daß sie die Interessen unseres Verbandes auf das entscheidendste wahrnehmen. Nach wie vor gehören vorgenannte Betriebe und Arbeitergruppen zum Agitationsgebiet unseres Verbandes.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir uns gezwungenermaßen etwas eingehender mit der Grenzfrage beschäftigen. In den letzten Jahren haben sich unliebsame Erscheinungen bemerkbar gemacht, zu denen wir nicht länger schweigen können, wenn wir nicht wichtige Lebensinteressen unseres Verbandes preisgeben wollen.

Als Vorbemerkung sei vorausgeschickt, daß unser christlicher Metallarbeiterverband genau so wie die Verbände der Berg-, Textil-, Haus-, Holzarbeiter etc. als Industrieverband, b. h. als Interessenvertretung für alle Metallarbeiter in der Metall-, Hülsen-, Maschinen- und chemischen Industrie gegründet worden ist, wozu selbstverständlich auch die metallindustriellen Betriebe des Staates und der Kommunen gehören. Das war deswegen notwendig, weil nur auf diesem Wege eine geschlossene Interessenvertretung möglich ist, und andererseits die sozialdemokratische Richtung dasselbe Agitationsgebiet bearbeitet.

Durch die Gründung verschiedener christlicher Eisenbahnerverbände sind uns die Metallarbeiter der Eisenbahn als Agitationsgebiet verloren gegangen, der sozialdemokratische Verband agitiert hier aber nach wie vor, daß wir uns dadurch im Nachteil befinden, liegt auf der Hand.

Sinnvoll kommt, daß uns jetzt auch noch Schwierigkeiten entstehen in anderen staatlichen und kommunalen metallindustriellen Betrieben. Mit niederen Beiträgen suchen christliche Verbände die Leute an sich zu ziehen. Eine solche Agitationspraxis kann nicht im Interesse dieser Arbeiter liegen. Zunächst ist es unklar, wie ein sich zahlungsunfähiger Arbeiterstand in diesem durchaus unverfälschten Gange zu bestärken. Die Metallarbeiter in Staats- und Gemeindebetrieben sollten nie vergessen, daß ihre Kollegen in der Privatindustrie ihnen erst den Weg zu Erfolgen frei gemacht haben, einmal durch ihre großen und nachhaltig geführten Kämpfe und andererseits durch ihren Einfluß in den Parlamenten. Aus sich heraus können die Staatsarbeiter keinen nachhaltigen Einfluß ausüben. Daher mußte schon die Pflicht der Dankbarkeit die Arbeiter der staatlichen und gemeindlichen Metallbetriebe bestimmen, gern und freudig ihren Beitrag zu zahlen, damit in den großen Kämpfen der Zukunft die Arbeiterschaft gerüstet ist.

Direkt ungehörig ist aber die Agitationspraxis eines anderen christlichen Verbandes, der sich nicht scheut, mit seinen niederen Beiträgen die Metallarbeiter der Privatindustrie an sich zu ziehen. Viele hunderte von Metallarbeitern zählt der christliche Fabrik-, Verlehrs- und Transportarbeiterverband in seinen Reihen, namentlich im Danziger, hannoverschen und Mannheimer Bezirk und im Königreich Bayern.

Auf die Art, wie diese Mitglieder zum größten Teil gewonnen wurden, wollen wir heute nicht eingehen, sondern nur feststellen, daß diese Agitationspraxis unter keinen Umständen zu dauerndem Erfolg führen kann. Durch niedere Beiträge und große Versprechungen sind schließlich im Anfang immerhin einige Erfolge zu erzielen. Auf die Dauer können dadurch die Metallarbeiter doch nicht befriedigt werden und verdrängt treten sie wieder aus und für den christlichen Metallarbeiterverband sind sie dann natürlich auch nicht mehr zu haben.

In der heutigen Zeit, wo in der Metallindustrie nicht nur die größten Unternehmerverbände existieren, sondern auch die größten Scharfmacher sitzen, hilft kein Mundspitzen, sondern es muß gepiffen werden. Streifenkämpfe sind unvermeidlich und dazu gehört ein großer Kriegsschack, den sammelt man aber nicht mit niederen Beiträgen und großen Versprechungen. Gute nicht mehr existierenden christlichen Verbänden, die auch mit niedrigen Beiträgen Wärme aus der Erde reißen wollten, ist dabei die Pushe ausgegangen. Wir meinen, das sollte als abschreckendes Beispiel genaug sein.

Nun wird es sich ja nicht vermeiden lassen, daß an Orten, wo die christlichen Gewerkschaften wegen der sozialdemokratischen Uebermacht nur schwer Eingang finden, die christlichen Arbeiter in Einzelgruppen zusammengeschlossen werden. Das ist ein Ausnahmezustand, der mit dem Erstarren der Organisation der einzelnen Berufe ganz von selbst verschwindet.

Für die christlichen Metallarbeiter, für Gelehrte und Ungelernte kommt nur der christliche Metallarbeiterverband in Frage. Durch die Zersplitterung der christlichen Metallarbeiter in verschiedene Verbände wird ihr Einfluß geschwächt, und der sozialdemokratische Gegner hat den Nutzen davon. Der jetzige ungeheure Zustand, mit dem der Gesamtverband nicht geklärt ist, muß unter allen Umständen aufhören.

Unsere Beamten und Ortsgruppenvorstände haben darauf hingewirkt, daß in ihrem Wirkungsbereich alle christlichen Metallarbeiter sich unserem Verbands angeschlossen. Wo andere christliche Verbände die gewerkschaftlichen Grenzsteine nicht beachten, ist entschieden Front dagegen zu machen und für geordnete Auflösung der irregulären Kollegen Sorge zu tragen. Endlich muß es aufhören, daß uns von allen möglichen Seiten die Werbearbeit erschwert wird. Alle christlichen Metallarbeiter gehören in den christlichen Metallarbeiterverband, er allein ist ihre berufene und natürliche Interessenvertretung.

Die Volksversicherung.

III.

Unsere Aufgaben.

Sollen die christlichen Gewerkschaften selbst eine Volksversicherungsgesellschaft bilden? Das geht nicht! Wir können nicht unser ganzes Interesse auf die Volksversicherung konzentrieren, lobend wäre auch die Basis gegenüber sozialdemokratischen Gewerkschaften und Konsumvereinen eine viel zu schmale. Wir könnten von unseren 350-360 000 Mitgliedern nur einer bestimmten Bruchteil für die Versicherung gewinnen; damit wäre sie nicht hinreichend leistungs- und werbefähig. Ein weiterer Weg, über den man sich unterhalten mußte, war: sollen wir mit der bestehenden gemeinnützigen Versicherungskasse des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, der „Leofasse“, ein Abkommen treffen und unseren Gewerkschaftlern den Anschluß an diese Versicherung empfehlen? Dieser Weg erschien ebenfalls nicht gangbar. Zunächst ist die „Leofasse“ in der Hauptsache nur im Westen Deutschlands verbreitet; dann besteht auch keine Aussicht zu einer Einigung oder Verschmelzung zwischen der „Leofasse“ und der Sterbekasse des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands. Weiter nimmt die Leofasse nur Katholiken auf und besteht eine ähnliche Einrichtung nicht innerhalb der evangelischen Arbeitervereine. Auch schien es nicht ratsam, die Mitglieder der christl. Gewerkschaften in der Frage der Volksversicherung für alle Zeiten konfessionell zu spalten. Ein dritter Weg, der noch in Frage kam, war: die Lösung der Volksversicherungsfrage mit einer großen, auf nationalem Boden stehenden gemeinnützigen Gesellschaft. Diesen Weg haben die christlichen Gewerkschaften gewählt. Im vorigen Jahre ist man alleseitig an die Leitung der christlichen Gewerkschaften herangetreten, um das Problem der gemeinnützigen Volksversicherung zu lösen. Wir empfahlen die Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz für alle an einer gemeinnützigen Volksversicherung interessierten Gruppen. Diese Konferenz hat denn auch am 25. November vor. Jz. in Berlin stattgefunden. Aus diesen und den späteren Verhandlungen ist nun folgendes entstanden: 30 Lebensversicherungsgesellschaften haben eine Aktiengesellschaft auf gemeinnütziger Grundlage gebildet. Diese Gesellschaft trägt den Namen „Deutsche Volksversicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft“ und hat ihren Sitz und die Geschäftsstelle in Berlin W. 57, Bülowstr. 90. Die erwähnten 30 Versicherungsgesellschaften haben einen Organisationsfond von 1 Million Mark zinsfrei zur Durchführung der „Deutschen Volksversicherungsgesellschaft“ ein Grundkapital von 2 Millionen Mark für die D. V. A. G. gezeichnet. Von dem Jahresgewinn sind

mindestens 80 Prozent den Versicherten

wieder zuzuführen. Bis zu 10 Prozent der restlichen 20 Prozent können zur Bildung außerordentlicher Rücklagen (Kriegsreserven) verwendet werden. Erst aus dem dann verbleibenden Betrage ist eine Dividende auf das Grundkapital zu verteilen, die aber

für alle Zeit auf höchstens 4 Prozent beschränkt

ist. In Wirklichkeit bedeutet die Zahlung dieser Dividende nicht mal eine Befastung, sondern eine Erhöhung des jährlichen Reingewinns, weil das Grundkapital verzinslich angelegt ist und die Zinsen den Satz von 4 Prozent nicht unerheblich übersteigen. Außerdem sind durch die Bereitstellung des Grundkapitals Nachschüsse der Versicherten oder Kürzungen der Versicherungsleistungen ausgeschlossen.

Eine Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrates oder des Vorstandes findet nicht statt. Der Aufsichtsrat übt sein Amt als selbständiges Ehrenamt aus. Zur Teilnahme an der Verwaltung sind die Versicherten und die der Deutschen Volksversicherung A.-G. angeschlossenen Organisationen in weitgehendem Umfange berechtigt. Die an den Aufgaben der „Deutschen Volksversicherung“ mitarbeitenden Organisationen werden durch ihre Vertreter im Aufsichtsrat die Geschäfte des Unternehmens mitbestimmen und mitverantworten. Ihre Aufgabe ist es namentlich, in der Verwaltung die Bedürfnisse des praktischen Lebens zur Geltung zu bringen.

Der Aufsichtsrat

wird aus 25 Mitgliedern bestehen, von denen alsdann mindestens 12 von mit der „Deutschen Volksversicherung“ im Vertragsverhältnis stehenden Organisationen angehören müssen. Bei der Verteilung dieser 12 Stellen wird auf die verschiedenen Gruppen der für die Volksversicherung in Betracht kommenden Erwerbstreife (Arbeiter, Handwerker, Bauern, Kleingewerbetreibende, Angestellte usw.) Rücksicht genommen werden. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt und besteht aus einer oder mehreren Personen. Der allen als hervorragender Sozialpolitiker bekannte G. J. Sobolewski ist zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der D. V. A. G. bestellt worden. Die Interessen der Versicherten werden außer vom Aufsichtsrat noch von einem

Verwaltungsrat

vertreten. Dieser besteht aus 25 Personen, die auf 5 Jahre aus dem Kreise der Versicherungsnehmer gewählt werden. Der Versicherungsbeitrag tritt nach Bedarf, mindestens aber alljährlich einmal, vor der Generalversammlung zusammen. Ihm ist über das Geschäftsergebnis Bericht zu erstatten und jederzeit über den Geschäftsbetrieb Aufschluß zu geben. Ueber Änderungen des Gesellschaftsvertrages oder der Versicherungsbedingungen sowie über die Vorschläge für die Verwendung etwaiger Ueberschüsse zugunsten der Versicherten ist er grundsätzlich zu hören und kann derartige Maßnahmen selbstständig in Vorschlag bringen. Er hat das Recht, Beschwerden der Versicherten entgegenzunehmen und wird einen Schlichtungsausschuß für Streitigkeiten zwischen den Versicherten und der „Deutschen Volksversicherung“ bilden.

Außerdem überwacht als Kaiserlicher Kommissar der Geheimen Oberregierungsrat Dr. Buermeling aus dem Reichsamt des Innern das ganze Unternehmen, damit es unter allen Umständen seiner Zweckbestimmung getreu und erhalten bleibt.

Als Vorsitzender des Vorstandes der D. V. A. G. ist der Geheimen Regierungsrat Dr. Rose bestellt worden. Auf die Generalversammlung

können die einzelnen Organisationen sich ebenfalls den wünschenswerten Einfluß verschaffen, indem sie durch den Kauf von Aktien sich an dem gemeinnützigen Unternehmen beteiligen und dadurch sich und Stimme auch in der Generalversammlung bekommen. Zu der Generalversammlung hat jeder Versicherte Zutritt. Das Vermögen ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorkasse, aus denen es stammt, anzulegen. Der Vorstand hat bei der Anlage des jeweils verfügbaren Vermögens, soweit dies möglich und nach dem Gesetz zulässig ist, die Versicherungsgesuche der Versicherten und derjenigen Personen zu berücksichtigen, die für die Volksversicherung in Betracht kommen. Auf

den allgemeinen Versicherungsbedingungen

die deutlich die Gemeinnützigkeit der D. V. A. G. erkennen lassen, sei nur kurz das folgende erwähnt: Keine ärztliche Untersuchung. Bei Einstellung der Prämienzahlung entweder Aussetzung einer beitragsfreien Versicherung oder auf Wunsch sofortige bare Auszahlung des bedingungsmäßigen Rückkaufwertes. Wiederinanspruchnahme einer erloschenen oder beitragsfreien Versicherung gegen Nachzahlung oder durch Verlängerung der Prämienzahlung und Versicherungsdauer. Volle Versicherungssumme schon beim Tode nach nur einjährigem Bestehen; beim Tode im ersten Halbjahr Rückzahlung vor vollen Prämien. Beim Tode durch Unfall freiz. Zahlung der vollen Summe. Für freiwillige Zusatzversicherungen und für die Kinderversicherungen gleich günstige Bedingungen. Mitversicherung der Kriegsgefahr ohne Extraprämie nach fünfjährigem Bestehen der Versicherung in voller Höhe. Gewinnbeteiligung nach Ablauf von fünf Versicherungsjahren; die Dividende wird von der Gesellschaft mit 3/4 v. H. verzinslich angelegt und mit der Versicherungssumme oder bei vorzeitiger Auflösung der Versicherung mit der Rückvergütung zusammen ausgezahlt.

Verzinsende Tarife sind für lebenslängliche Versicherung, für abgekürzte (gemischte) Versicherung, für Kinder- und Rinder- und für abgekürzte Kinder- und Rinderversicherung aufgestellt; ihnen liegt 14tägige Prämienzahlung zugrunde. Die Höchstversicherungssumme ist auf 1500 Mark festgesetzt.

Die Verwaltungskosten

sind entschieden niedriger wie die der größten privatkapitalistischen Versicherung, der „Viktoria“. In Zufallsprovisionen verausgabte die „Viktoria“ z. B. im Jahre 1912 9 581 998 Mark oder 13,14 Prozent der Prämieeinnahmen. Bei der Deutschen Volksversicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft ist für Inkassokosten nur neun Prozent festgesetzt, über die hinaus nicht gegangen werden darf. An Anwerbskosten für eine einzige Versicherung verbrauchte die „Viktoria“ 7,35 Mark. Die D. V. A. G. wird mit allen Anwerbskosten sicherlich weit unter der Hälfte dieser Summen bleiben.

Die Leistungsfähigkeit der D. V. A. G. gegenüber der „Viktoria“, der „Friedrich Wilhelm“, der „Deutschen Volksversicherung“ und der roten „Volksfürsorge“ möge an einigen Beispielen klar gemacht werden.

Nach Tarif 1 (Sterbegeldversicherung) ergibt sich, wenn man ein Eintrittsalter von 25 Jahren und 1 Mark vierzehntägige Prämie zugrunde legt, folgendes Verhältnis in der Höhe der zur Auszahlung gelangenden Beträge:

Prämienzahlung Dauer	D. V. A. G.	Viktoria	Friedrich Wilhelm	Deutschen	Volksfürsorge
15 Jahr	630	fehlt	530	620	470
20 "	740	"	645	735	560
25 "	810	"	735	820	630
30 "	855	"	805	880	680

Bei Tarif 2, der sogenannten Versicherung auf den Todes- oder Erlebensfall (gemischte Versicherung) ergibt sich ein ähnliches günstiges Verhältnis, wiederum angenommen 1 Mark 14tägige Prämie und ein Eintrittsalter von 25 Jahren:

Prämienzahlung Dauer	D. V. A. G.	Viktoria	Friedrich Wilhelm	Deutschen	Volksfürsorge
15 Jahr	345	270	315	370	290
20 "	465	370	430	495	400
25 "	580	475	545	615	500
30 "	685	560	655	725	600

Wenn nach dieser Zusammenstellung eine Ueberlegenheit der Tarife der D. V. A. G. gegenüber den privaten Gesellschaften und der Volksfürsorge vorliegt, während bei den „Deutschen“ eine noch höhere Leistungsfähigkeit, wenigstens bei dem Tarif 2, geboten wird, so ist dazu nur zu bemerken, daß die „Deutschen“ nach ihren ganzen rechnerischen Grundlagen keine Dividende zu gewähren in der Lage sind, wie sie ja auch keinerlei Verpflichtungen hierzu in ihren Versicherungsbedingungen übernommen haben, während die D. V. A. G. von vornherein mit Dividenden an die Versicherten rechnet. Die mathematischen Grundlagen der D. V. A. G. sind solche, daß sie die Endsummen der „Deutschen“ überholen werden, und sogar in der Lage sind, trotz ihrer hohen Anfangsversicherungssummen die Endversicherungssummen der privaten Gesellschaften trotz deren hohen Dividenden zum mindesten zu erreichen. Die D. V. A. G. ist eben ein gemeinnütziges Unternehmen, welches bei einer außerordentlich günstigen Finanzgrundlage denkbar billigt arbeitet und allen Gewinn fast reißlos den Versicherten zuführen wird. Sie ist dadurch jeder Konkurrenz gewachsen.

Mit dem 1. Juli haben die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ und die gemeinnützige „Volksversicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft“ ihre Wirksamkeit begonnen. Es werden daher in den nächsten Wochen auch die übrigen Volksversicherungsgesellschaften, die „Leofasse“, die „Deutsche Volksversicherung“ (unter Führung des Herrn Geheimrat Kapp) und die beiden größten privatkapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaften „Viktoria“ und „Friedrich Wilhelm“ mit einer verstärkten Agitation eintreten, so daß die Volksversicherung alsbald den weitaus meisten Kreisen als „erlösendes Werk“ angepriesen werden wird.

In dieser Situation

obliegen den Vertrauensleuten und Funktionären der christlichen Gewerkschaften folgende Aufgaben:

1. Mit aller Kraft verhindern, daß die Arbeiterkreise, welche mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollen, sich der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ anschließen. Bei den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften besteht diese Gefahr nicht so sehr wie bei den Arbeitern und „kleinen Leuten“, die nicht orientiert sind, eigentlich aber auf unserem Boden stehen.

2. Diese genannten Kreise, die noch außerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen und auf die wir Einfluß haben soll man, wenn sie sich versichern wollen, die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung A.-G. dringend empfehlen.
3. Wer sich von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften versichern will, soll seine Versicherung entweder mit der Deutschen Volksversicherung A.-G. oder mit der „Leofasse“ abschließen. Die Agitation für andere Volksversicherungsgesellschaften ist nicht gestattet innerhalb der christlichen Gewerkschaften.
4. In den christlichen Gewerkschaften ist die Agitation sowohl für die Volksversicherungsgesellschaft als auch für die „Leofasse“ möglich und erlaubt. Natürlich muß sorgsam jeder Streit zwischen den Vertretern der „Leofasse“ und der „Deutschen Volksversicherung A.-G.“ vermieden werden.
5. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die sich in einer Volksversicherung versichern wollen, sollen diese in der Regel nur bei den Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften bzw. konfessionellen Arbeitervereinen tun. Agitation und sonstige fremde Personen, die unseren Mitgliedern eine andere Volksversicherung aufzureden versuchen, weist man ab.
6. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mögen sich auch in dieser „Volksversicherungssack“ nicht bemühen, daß die Gewerkschaftsbewegung erst die Voraussetzungen schafft und schaffen wird, um Beiträge zu anderen Versicherungen leisten zu können. Der Gewerkschaftsgedanke darf durch die Volksversicherung nicht zurückgedrängt werden.

Allgemeine Rundschau.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter

hielt vom 6. bis 9. Juli in Aachen seine 14. Generalversammlung ab. Dieser Verbandstag hat grundlegende Arbeit geleistet für die christlichen Bergarbeiter. Infolge des an sich ungünstigen Beitrages und der ungünstigen finanziellen Entwicklung war der Gewerbeverein vor die Alternative einer Beitragserhöhung gestellt. Diese ist durchgeführt worden. Die Vorlage des Hauptvorstandes sah Einzelbeiträge vor, die von der Generalversammlung nicht nur angenommen, sondern noch um 10 Pfg. erhöht wurden. Die Mitgliedsbeiträge betragen jetzt 70, 60, 50 und 40 Pfg. Darüber hinaus wurden 3 freiwillige Klassen geschaffen mit 80, 90 und 100 Pfg. Wochenbeitrag.

Dieser Schritt des Gewerbevereins ist sehr zu begrüßen im Interesse der Bergarbeiter, besser wäre allerdings, wenn die Beitragserhöhung schon einige Jahre früher erfolgte. In unserer Zeit können die Gewerkschaften nur dann erfolgreiche Standesarbeit leisten, wenn sie über wohlgefüllte Kassen verfügen, die man aber nur mit ausreichenden Beiträgen erzielen kann. Aus dem erstatteten Geschäfts- und Rechenbericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand im Jahre 1912 sich auf 77 967 belief. Die Gesamteinnahmen betrugen 3 841 253 Mk., die Gesamtausgaben 2 112 972 Mark und das Gesamtvermögen 2 279 887 Mark.

Der Verwaltungsbericht erstattete Kollege Bogelsang, Köln. Kurw sprach über die Presse. Das erste Referat erstattete Landtagsabgeordneter Hermann Imbusch über die Unfallverhütung im Bergbau und Kollege Heinrich Imbusch über die nächsten Aufgaben des Gewerbevereins zur wirtschaftlichen Hebung der Bergarbeiter. Bei der Vorstandswahl erklärte Vorsitzender, Kollege Köster, daß er aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr in der Lage sei, den Vorsitz weiterzuführen und schlug als seinen Nachfolger den Kollegen Bogelsang vor. Bogelsang wurde einstimmig zum Zentralvorsitzenden gewählt und Kollege Köster zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Folgende Resolution, in der die Haltung des Gewerbevereins während des letzten Bergarbeiterstreiks allseitige Zustimmung fand, wurde einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter spricht der Hauptleitung des Gewerbevereins den besonderen Dank aus für die weitsichtige und kraftvolle Leitung und Verwaltung während der Berichtszeit. Die zum Teil mit gutem Erfolge geführten Bewegungen in den einzelnen Revieren finden die volle Anerkennung der Generalversammlung.“

Insbesondere aber spricht die Generalversammlung dem Hauptvorstand bzw. der Hauptverwaltung ihr volles Vertrauen dafür aus, daß sie beim Aufbruch im Frühjahr 1912 gegenüber der arbeiterschädigenden Taktik des Dreibundes und speziell des sozialdemokratischen Verbandes, gewerkschaftliche Grundsätze mit aller Entschiedenheit vertreten haben, trotz dem Wüten aller Gegner. Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß gerade durch die Haltung des Gewerbevereins das Interesse der Bergarbeiter wahrgenommen wurde, indem dem Gewerkschaftsgedanken, befreit von sozialistischen Nebenweden, wieder Geltung für die fernere Zukunft verschafft wurde.“

Die Generalversammlung nahm einen sehr zufriedenstellenden Verlauf und wird ein Meilenstein in der Geschichte des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter bleiben.

* * *

Phantastereien.

Kalkose und durchaus unwahre Unterstellungen machen die Zeitchriften „Wartburg“ (Leipzig) und „Janus“ (München) den Kollegen Giesberts, Imbusch und Stegerwald. Diese sollten nämlich, nach den Ausführungen obiger Zeitchriften, auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Essen ein Doppelheft getrieben haben. Sie hätten in aller Heimlichkeit den deutschen Bischöfen, insbesondere dem Kölner Generalsekretar Dr. Kreuzwald Versprechungen gemacht, die zu den Essener Ausführungen in striktem Gegensatz ständen. Damit die Sache auch etwas Wahrheitsfarbe erhält, sprachen die Zeitchriften geheimnisvoll andeutend von dem „Staatssekretariat des Kardinals Merry del Val und von dem Chef des publizistischen Bureaus, Monsignore E. Pacelli“. Ueber diesen Blödsinn - gefinde gesagt - wäre man ja mittelmäßig lächelnd zur Tagesordnung übergegangen. Da aber jetzt die sozialdemokratische Presse in mehr oder minder blutdürstigen Zeitartikeln, wie: - „Mit durchschnittenen Sehnen an der Kette Roms“ usw. - diese Phantastereien als lautere Wahrheit verbreiten, werden die Herrschaften Gelegenheit zum Beweis bekommen. Die „Wartburg“, der „Janus“ und eine Anzahl sozialdemokratischer Blätter sind, soweit sie in Köln verbreitet werden, verlagert worden. Und bei den anderen geschieht es an ihrem Erscheinungsorte. Man darf gespannt sein, wie die sozialdemokratische Presse samt „Wartburg“ und „Janus“ aus der Schlinge ziehen werden.

Die Krankenversicherung der Heimarbeiter.

Durch die Reichsversicherungsordnung ist bekanntlich die Krankenversicherung der Heimarbeiter neu geregelt worden. In vielen Orten waren aber bisher schon die Heimarbeiter in den Allgemeinen Ortskrankenkassen versichert. Das kann auch in Zukunft so bleiben. Im § 48 der R.-V.-O. heißt es nämlich:

„Für einen Bezirk und für ein Gewerbe bei Verkündigung dieses Gesetzes die Versicherung der Hausgewerbetreibenden bereits durch statutarische Bestimmung geregelt, so kann die oberste Verwaltungsbehörde auf Antrag der beteiligten Gemeinden oder des beteiligten Gemeindeverbandes genehmigen, daß die statutarische Bestimmung in Geltung bleibt usw.“

Es kommt also darauf an, daß die beteiligten Heimarbeiter überall dort, wo die Errichtung einer Landkrankenkasse beschloffen ist, die Heimarbeiter aber bereits obligatorisch oder fakultativ der Ortskrankenkasse angehören, den Antrag an die beteiligten Gemeinden oder den Gemeindeverband stellen, daß sie auch in Zukunft der Ortskrankenkasse angehören dürfen. Die Gründe dafür sind den Kollegen ja so bekannt, daß wir darauf nicht einzugehen brauchen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Baderborn. Nachdem im vorigen Jahre für die Arbeiter der Firma Morf und Propfe durch unseren christlichen Metallarbeiterverband eine ansehnliche Lohnerhöhung erzielt wurde, stellten in diesem Jahre die Kollegen einen Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit. Wiederholte Verhandlungen brachten pro Tag eine Stunde Arbeitszeitverkürzung. In Zukunft ist also statt um 6 Uhr, um 5 Uhr Feierabend. Der Lohnausfall wird von der Firma getragen.

Die Kollegen haben also indirekt einen Mehrlohn von rund 1000 Mark und direkt eine Arbeitszeitverkürzung von 4450 St. pro Jahr erreicht. Dieser Erfolg konnte den Kollegen nur dadurch zugute kommen, weil sie in der Organisation einen festen Stützpunkt und Rückhalt hatten.

Kollegen von Baderborn! Was in der Maschinenfabrik möglich war, muß auch in den Klein- und städtischen Betrieben möglich werden. Arbeit unermüdet an der Gewinnung dieser Kollegen, dann wird auch der Augenblick kommen, wo für die übrigen Metallarbeiter Erfolge herausgeholt werden können.

Olpe. Eine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit und Zahlung eines Zuschlages für Ueberstunden konnte unser Verband am hiesigen Orte mit vollem Erfolge durchführen. Die Kollegen, welche fast vollständig bei uns organisiert sind, richteten vor einiger Zeit diesbezügliche Eingaben an die in Betracht kommenden fünf Werke. Die Verhandlungen hatten zur Folge, daß alle Werke die Arbeitszeit um 20 Minuten pro Tag herabsetzten. Für die 510 beschäftigten Arbeiter bedeutet dieses eine Arbeitszeitverkürzung von 51000 Stunden pro Jahr. Ein Ausfall von Lohn findet nicht statt. Außerdem haben drei Werke für die Lohnarbeiter einen Zuschlag für Ueberstunden von 30 Prozent zugestanden. Durch kleinere Einschränkungen der Frühstückspause und Vesperpause ließ sich auf drei Werken eine Herabsetzung des Arbeitschlusses von 6 auf 5½ Uhr ermöglichen. Ein etwas abseits liegendes Werk verlängerte die Mittagspause um 20 Min. Ein anderes verkürzte die Arbeitszeit durch Einlegung von Pausen bzw. durch früheren Arbeitschluß. Auf einem Werk konnte die Errichtung eines Arbeiterausschlusses erzielt werden.

Der Erfolg dieser Bewegung ist um so höher anzuschlagen, da er ohne Kampf und im guten Einvernehmen mit allen Werken erzielt worden ist. Ohne die Organisation würden die Kollegen von Olpe niemals einen solch zufriedenstellenden Erfolg errungen haben. Erst die Organisation gibt ihnen den festen Rückhalt und auf die sie sich verlassen können. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu schaffen und zu werben, bis auch der letzte Arbeiter von Olpe und Umgegend organisiert ist, um an derhebung seines Standes mitzuwirken und sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Der christliche Metallarbeiterverband hat stets gezeigt, daß er eine gute und zuverlässige Interessenvertretung für alle Metallarbeiter ist; der Platz eines jeden denkenden und pflichtbewußten Metallarbeiters kann nur im christlichen Metallarbeiterverbande sein.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Bremen. Die Klempner stehen zwecks Abschlußes eines neuen Tarifvertrages im Streik.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhénania stehen die Arbeiter im Streik.

Beverungen a. d. W. Die dem christlichen Metallarbeiterverband und dem christlichen Holzarbeiterverband angehörenden Arbeiter der Holzwarenfabrik von E. Hofe stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

Guskirchen. Die Arbeiter des Drahtwerkes Rhénania stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

Breslau. Die Untergestellbauer der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen im Streik, das ganze Werk ist gesperrt.

Reheim. Die Metallarbeiter der Firma F. W. Bröckmann, Aluminiumfabrik, stehen wegen Lohnreduzierung im Streik. Jeder Zugzug, auch von ungelerten Arbeitern, ist fernzuhalten.

Sauburg. Die Fuß- und Wagenschmiede stehen im Streik.

Düsseldorf. Die Former und Gießereiarbeiter des Stahlwerks Krieger, Oberassel, Hanjaallee, haben einstimmig die Betriebsperre über das Werk verhängt. Der Grund dieser Maßnahme ist in Akkordabzügen von 5 bis 24 Mark

zu suchen. Jeder Zugzug von Formern und Gießereiarbeitern ist streng fernzuhalten.

Feizungsmonteur und Helfer. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages in der Feizungsbranche für Rheinland-Westfalen sind gescheitert. Zugzug ist fernzuhalten.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 20. Juli, der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. Juli bis 26. Juli 1913 fällig.

Die Verwaltungsstelle Hannover-Binden erhält die Genehmigung, von der 32. Woche ab einen Lotosalzuschlag von 20 Pfg. pro Woche zu erheben. Die Nichtbezahlung des Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Bis Ende Juli muß die Abrechnung vom zweiten Vierteljahr eingekandt werden. Diejenigen Verwaltungsstellen, die bis zum 1. August die Abrechnung nicht eingekandt haben, werden als rückständig im Verbandsorgan veröffentlicht.

Aus dem Verbandsgebiet.

Hagen-häpe. Industrie. — Arbeiter. — Gewerkschaft. Mit diesem überaus wichtigen Thema beschäftigte sich eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, welche kürzlich in Hagen i. W. stattfand. Als Referent für diese Versammlung war der von den märkischen Arbeitern stets gern gesehene Direktor Dr. Brauns-Schabach gewonnen. Nicht nur für die christlich organisierte Arbeitererschaft von Hagen, sondern auch darüber hinaus dürfte die interessante Ausführungen des Referenten von großem Interesse sein, weshalb dieselben im Auszug auch an dieser Stelle wiedergegeben seien. Dr. Brauns führte u. a. folgendes aus:

„Des Altmeyers Goethe Wort „Der Menschheit größte Zauberkraft liegt im vereinten Streben“ bewahrheitet sich in unsern Tagen aufs glänzendste. In der Wirksamkeit des modernen Staates, der Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsstände unseres Volkes vor allem in der neuzeitigen Entwicklung der Industrie mit ihren Gemeinschaftsbildungen, im Inlande sowohl wie gegenüber dem Auslande. Auch die Arbeiterklasse muß sich zusammenschließen, um ihr Streben durchzusetzen, vom Tagelöhner zum vollwertigen Bürger zu werden. Das Rückgrat der Arbeiterorganisation bildet die Gewerkschaft, denn auf dem wirtschaftlichen Gebiete liegen die dringlichsten Aufgaben, und von hier aus wird auch das öffentliche Leben beeinflusst. Die Gewerkschaft ist kein Gebilde der Theorie, sondern in den Fluß der Zeit gestellt, abhängig von den Strömungen des Tages. Von 1895 bis 1908 war die stürmende Jugendzeit unserer Gewerkschaftsorganisation, danach kommt der Zweifel, das kritisch betrachtende Mannesalter.“

Von verschiedenen Seiten ist die Gewerkschaftsbewegung angegriffen worden: vom Staate, von den Arbeitgebern und leider auch von Arbeitnehmern selbst. Eine Erschlaffung ist nicht zu leugnen.

Die Ursachen der Schwierigkeiten, denen sich die Gewerkschaft gegenüber gestellt sieht, sind verschiedener Art. Unsere Industrie hat eine schwere Zeit. Im Inlande mehrte sich die Konkurrenz. Der Auslandsandel, an dem wir mit 18 Milliarden beteiligt sind, unterliegt den Schwankungen der politischen Entwicklung. Dazu kommt, daß in den letzten fünf Jahren die Konkurrenz der Industrie-Länder gewaltig gemacht ist. Im Auslande erstarkt die eigene Industrie — Amerika, Italien, Oesterreich. Die Kriege der letzten Jahrzehnte führten fast ständig eine Erschlätterung dieses oder jenes Industriezweiges herbei, ganze Industrien müssen umdisponieren. Diese Ungunst der Lage wird anhalten, bis sich die politischen Verhältnisse geklärt haben, mit oder ohne Krieg. Durch das Stürmen und Drängen junger Völker sind alte Reiche über den Haufen geworfen worden, andere Staaten haben neue Gebiete sich unterworfen, politisch oder wirtschaftlich. Augenblicklich scheint eine Annäherung Deutschlands und Englands auf dem Wege. All diese großen äußeren Schwierigkeiten rufen eine Langsamkeit in der Industrie hervor, die sich auch gegen die Arbeiter anhebt und auf die vorwärtsdrängende Gewerkschaftsbewegung ablagert.

Auch innere Schwierigkeiten sind vorhanden. Die Sozialdemokratie hat durch ihren Radikalismus die gewerkschaftliche Bewegung ungünstig beeinflusst und die gewerkschaftliche Arbeit geschädigt; sie hat dadurch den Zweifel großgezogen, ob die Gewerkschaftsarbeit zu einem guten Erfolge führen könne. Die ständige Verteuerung der Lebensmittel erschwert die Lebenshaltung und hebt einen Teil der Erfolge der Gewerkschaftsarbeit vollständig auf. Weiterhin haben das Anwachsen der Großstädte und das Wohnungsmangel einen so bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung und die Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung, daß sie in diesen beiden Fragen die Aufgaben der nächsten Zukunft erblicken muß.

Wir dürfen uns durch diese Schwierigkeiten nicht zum Müßmut bringen lassen. Das Tarifwesen hat trotz seiner Fortschritte erst 1 1/2 von 8 1/2 Millionen Arbeitern erfaßt. Hier ist also die direkte Tätigkeit noch nicht erschöpft, und im Tarifwesen selbst ist zu beachten, daß es kein feineres Gebilde, sondern lebendiger Organismus ist: neue Arbeitsmethoden fordern neue Formen, also neue Aufgaben. Aber die Gewerkschaftsbewegung ist nicht nur Produzenteninteressenvertretung. Sie muß sich für die Zukunft in ihrem eigenen Interesse mehr mit der Aufgabe beschäftigen, die Konsumkraft des Arbeiterstandes, die Kaufkraft des Lohnes, zu heben. Die Wohnungsfrage beschäftigt das ganze öffentliche Leben. Die handelspolitischen Verhältnisse müssen ebenso aufs genaueste beobachtet werden. Wir stehen bald vor neuen Handelsverträgen. 1902 war die Landwirtschaft in größter Not, während die Industrie blühte; heute ist es ziemlich umgekehrt. Die Industrie soll sich in allen Kreisen mit der Arbeitererschaft verständigen, damit sie die kommenden handelspolitischen Aufgaben zu einer gedeihlichen Lösung bringen.

Dieses sind die nächsten Aufgaben. Aber noch andere Ziele, weiter entfernte, stehen uns vor. Es gilt die Eingliederung des Arbeiterstandes als vollwertigen Standes in die heutige Gesellschaft. Die

Großindustrie hat sich um diese Frage bislang nicht im mindesten gekümmert, sie hat den Arbeiter lediglich als Produktionsmittel gewertet. Nur die Gewerkschaft hat die Aufgabe, aus dem Arbeiter den Bürger zu machen, erkannt und durchgeführt, und es war gut so. Politische Gleichberechtigung kann nur beruhen auf gleichen politischen Leistungen. Nicht Rechte von oben sind das Heil des Volkes, sondern Fähigkeiten, die von unten herauf wirken. Die Gewerkschaftsbewegung hat dem Arbeiterstand die Anerkennung seitens der übrigen Stände und Klassen gebracht. Die Arbeiterfrage ist eine Rechtsfrage, des Rechtes der selbständigen Interessenvertretung.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die Lohnarbeit werden in absehbarer Zeit bestehen bleiben. Auch die Sozialdemokratie, die in der Abschaffung des Privatunternehmens und der Lohnarbeit ihr eigentliches Prinzip hat, gibt heute kleinlaut zu, daß sogar in ihrem Zukunftsstaate Arbeitsteilung und Arbeitskontrolle notwendig sein werden. Damit sind aber auch im Zukunftsstaate Klassenunterschiede geschaffen, und folgerichtig müßte auch hier die Gewerkschaftsbewegung existieren bleiben.

Die Gewerkschaftsbewegung ist solange nicht überflüssig, als Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre jetzige Stellung gegenüber der Wirtschaftsform behalten. Der Arbeitgeber mag gewillt sein, die Interessen der Arbeiter zu achten, aber es wird ihm stets nur Verbands-, nicht Verzeinsache sein. Das liegt in der menschlichen Natur begründet. Der Arbeitgeber muß andere Interessen haben als der Arbeitnehmer, wenn er über die Arbeitskraft disponiert. Ein schrankenloses Gemeingefühl zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist unmöglich. Die Arbeitgeber schaffen Organisationen, um der Konkurrenz gegeneinander zu begegnen, die freie Konkurrenz zu beschränken. Das gleiche Recht kann man dem Arbeiter nicht vorenthalten. Wir stehen selbstverständlich auf dem Boden des gewerblichen Friedens. Der Streik ist immer ein Unglück. Aber der Friede ist nur möglich durch die ehrliche Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung seitens der Arbeitgeber, durch freie Verständigung auf dem Boden des Tarifwesens. Daß dies möglich ist, hat uns soeben erst das Baumgewerbe wieder gezeigt.

Verständigere Arbeitgeber nun glauben, durch die sogenannte Bewegung sich den Frieden zu sichern. Das Gegenteil ist richtig. Man darf doch nicht annehmen, daß drei Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter sich es auf die Dauer gefallen lassen, daß aus ihrem Leber für die Gelben Riemen geschneitten werden. Die notwendige Folge muß sein ein gewaltiger Kampf. Die gelbe Bewegung bringt ein neues Moment der Zwietsch in das Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer. Sie höhlt die Köpfe der Arbeiter aus und nimmt ihnen alle ernste Ueberlegung, hindert sie durch Geschenke am Denken. Noch schlimmer aber ist die dadurch erzeugte Hohlheit in den Herzen.

Vaterländisch! lautet das schmückende Beiwerk. Aber Hurranen und Freidier erzeugen keinen Patriotismus. Wertvoller als Patriot ist der Arbeiter, der die wirtschaftlichen Notwendigkeiten seines Landes und seines Berufes ernst studiert hat. Der Gelbe wird dazu erzogen, der erste zu sein, der bei einer Verschiebung der Machtverhältnisse zu den Noton überläuft. In Augsburg hat bei der letzten Gewerbegerichtswahl die Hälfte der Gelben entgegen der Parole rot gewählt! Panem et circenses! Brot und Spiele! Dieses Rezept hat das römische Weltreich nicht gesund gemacht, und es wird auch heute nichts helfen. Das zur Förderung der gelben Bewegung gegebene Geld ist falsch und unsozial angelegt.

Die gelbe Bewegung ist z. T. zu erklären als Reaktion gegen den Radikalismus. Aber man darf nicht einen Fehler durch einen anderen Fehler verbessern wollen. Den richtigen Standpunkt vertritt die christlich-nationale Arbeiterbewegung: kein Programm neuer Wirtschaftsordnung, sondern Anerkennung des privaten Unternehmertums. Darin liegt der größte Unterschied gegenüber der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung. Nicht von einer internationalen Verständigung erwarten wir ein Heil, sondern von der Eingliederung in die Nation. Wir müssen — das ist auch christliche Pflicht — diese Zusammenhänge erkennen und sie miteinander. Den Grundsatz, den letzthin Präsident Wilson verkündete: „Wir müssen in dem Arbeiter wieder den Menschen sehen,“ haben wir Gott sei Dank seit 30 Jahren erkannt. Nicht zurückschrauben wollen wir, wo andere Völker vorwärts drängen. Schaffen wir ein Volk, welches Verständnis zeigt für die hohen Aufgaben, für Staat, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-tum. Dann werden wir den sozialen Frieden haben.“

Mit vollem Recht wandte sich Dr. Brauns gegen den Pessimismus, der sich hier und dort, auch bei unseren Kollegen zeigt. Den Schwierigkeiten gilt es nur mutig trohen, dann werden auch die Widerstände und Hemmnisse leicht überwunden. Wer unberrückbar sein Ziel vor Augen hält, dem gehört die Zukunft.

Amberg. (Von der hiesigen Gewerkschaft.) In den Militärwerkstätten sind die Arbeiter durch die verschiedensten Sonderorganisationen zersplittert. Weiter Denkenden ist es längst klar, daß nur dann für die Metallarbeiter in Militärbetrieben etwas erreicht werden kann, wenn die Arbeitererschaft ihrer Berufsorganisation dem christlichen Metallarbeiterverband angehört und geschlossen dasteht.

Ein Organisationsdenk, dem besonders in letzter Zeit arg mißgespielt wurde, ist der sogenannte deutsche Militärarbeiterverband (Eis München) oder wie er unter der Arbeitererschaft kurz genannt wird der Ucholdverband. Nach seiner Angabe soll die Arbeitererschaft von ihm alles Heil zu erwarten haben. Leider aber gehen diese Leute ganz verkehrte Wege, wodurch sie die Militärarbeiter nur schwächen und blamieren. Die Stellungnahme des Kriegsministers ist noch deutlich in Erinnerung.

In letzter Zeit haben die Ucholdianer in Bayern wieder saubere Stüdchen geleistet. In den Militärbetrieben ließ die vorgelegte Behörde aber die zu errichtende Pensionskasse eine Abstimmung vornehmen. Dabei hat sich in Amberg etwas abgepielt, was verdient festgehalten zu werden. Einige Tage vor der Abstimmung arbeiteten die Ucholdianer mit allen Mitteln gegen die zu errichtende Kasse. Ein Verbandsflugblatt wurde herausgegeben, das den Mitgliedern empfahl, gegen die Kasse zu stimmen. Es wurde gesagt, die Kasse leiste nicht genug, Zahlen wurden falsch wieder gegeben. Ja man mußte sogar von anderen Betrieben zu melden, daß die Arbeiter die Kasse abgelehnt hätten. Letzteres wurde aber noch vor der Abstimmung als Schwindel gekennzeichnet. Die Ucholdianer gegenüber verteidigten die christlichen Arbeiter die Errichtung der Kasse.

Endlich berief der Arbeiterauschuß eine Belegtagungsversammlung ein, in der es hoch herging. Die Ucholdianer nahmen ganz offen gegen die Kasse Stellung. An der Kasse

wurde kein gutes Haar gelassen. Unsere Kollegen blieben die Antwort nicht schuldig. Unter stürmischer Beiterkeit der gesamten Versammlung wurde den Herren heimgesendet.

Am Tage der Abstimmung erklärten 70 Prozent der Gesamtarbeiterschaft sich für die Errichtung der Kasse. Man konnte bemerken, daß die verbissenen Ufsholbänder meistens dagegen stimmten. Wir gratulieren den Herren zu ihrem Meißel.

Geleitet hat diese Organisation hier in Amberg noch gar nichts. Erst in letzter Zeit mußten die christlichen Arbeiter eingreifen, damit die Arbeit während der Bauzeit unterbrochen. Die Kautelenverbände wurden einer Kritik unterzogen.

Wie wäre es, wenn der Ufsholbverband sich der Arbeiter annehmen würde, die schlechte Afforde haben. Das Affordsystem ist bei manchen Teilen so ausgeklügelt, daß der Arbeiter von früh bis spät dran hängen muß, wenn er einigermaßen etwas verdienen will.

Für die christlichen Arbeiter aber gilt das Wort: Ginein in den christlichen Metallarbeiterverband. Reichen wir uns die Hände zu gemeinsamer Arbeit alsdann werden auch für die Metallarbeiter in den Militärbetrieben bessere Zeiten kommen.

Stolberg. Die hiesige Handelskammer fühlte sich schon des öfteren bemüht, in ihren Jahresberichten irreführende Darstellungen über die Arbeiterbewegung zu geben, so auch jetzt wieder. Ihr Bericht über die Metallindustrie für 1912 schließt mit folgenden Worten:

„Trotz der hohen Löhne versuchten die Arbeiter noch höhere Löhne zu erzielen und traten, als ihnen solche nicht bewilligt wurden, Anfang September in den Ausstand.“

Damit ist die Bewegung bei der Dürener Metallindustrie gemeint. Es ist aber, gelinde gesagt, eine Verdrehung der Tatsachen, wenn man es so hinstellt, als sei der Ausstand auf die Erzielung höherer Löhne zurückzuführen. Die Firma schloß im August 1911 mit dem christlichen Metallarbeiterverband einen Tarifvertrag ab und haben sich auch die Arbeiter, die im Tarif mit eingebunden waren, an die festgesetzten Löhne gehalten.

Zum Schluß erwähnte Kollege Wieber in begeisterten Worten die Versammelten, festzuhalten an den im Kampfe erprobten und sich allezeit bewährten Grundsätzen unserer Bewegung. Mit dem besten Gesinnung, daß die Versammelten unentwegt weiter kämpfen würden für die Sache der Arbeiter und des christl. Metallarbeiterverbandes, schloß der Vorsitzende Kollege Fried die anregende Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband.

Düsseldorf. Einen endgültigen Meißel erlebte vor der königlichen Strafkammer der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Max von der Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf. Derselbe hatte gegen das Urteil des königlichen Schöffengerichtes vom 2. Mai, das ihn wegen ehrenkränkender Beleidigung und öffentlicher Herabwürdigung unseres Kollegen Leupke in eine Geldstrafe von 200 Mark, im Nichtbeitragsfalle zu 40 Tagen Haft, Tragung der Kosten des Verfahrens, sowie Publikationsbezugnis verurteilte, Berufung eingelegt. Ohne auf den vom Vorsitzenden bereits festgestellten Sachverhalt einzugehen, wurde, nachdem Max zugab, die beleidigenden Äußerungen in öffentlicher Versammlung getan zu haben, die bereits erkannte Strafe als zu Recht verhängt erkannt.

Hiermit hat das ungewerkschaftliche Vorgehen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, dessen Mitglieder bei der Firma Boncelet-Gilden die Brotschmiedung zweier christlich organisierter Mitarbeiter unter Androhung eines Streikes forderten und diesen Streik aus nichtigen Gründen drei Wochen später durchführten, ihre Sühne gefunden. Der Beamte Max hatte in öffentlicher Versammlung diese Vorgänge als „Streikbrud“ und „Leupke u. C.“, Büro für Streikbrechervermittlung“ bezeichnet, weil es Pflicht und Aufgabe des christlichen Metallarbeiterverbandes war, seine Mitglieder zu schützen und der Betrieb zu diesem Zweck mit anderen christlich organisierten Arbeitern beiegt werde. Hierdurch mußten die Gewerkschaftssozialisten den uninnigen Kampf heidungslos angehen.

Flensburg. Eine am 7. Juli im Nordischen Hof stattgefundene, vom christlichen Metallarbeiterverband einberufene gut besuchte Versammlung, besaß sich mit der gegenwärtigen Arbeiterbewegung. Unser Zentralvorsitzender Kollege Wieber erinnerte als Referent einleitend in seinem Vortrage an die Arbeiterbewegung von 1910. Er zeigte, was die Arbeiter damals wollten und was sie erreichten. Durch die inzwischen verteilte Lebenshaltung sind die Verarbeiter am 16. Juni d. J. erneut an die Unternehmer mit Forderungen herangeraten, die im wesentlichen auf 7-8 Btg. Lohnerhöhung pro Stunde und auf eine stündige Arbeitszeitverlängerung in der Woche hinführen. Ueber den Verlauf dieser Bewegung läßt sich vorläufig nichts sagen. Jedoch ist zu wünschen, daß sich die Unternehmer mit den Arbeitern einigen, sobald ein Kampf wie 1910 zum Nutzen der Kontrahenten vernieden wird. Kollege Wieber schloß dann in lichtvoller Weise den Entwicklungsgang unserer deutschen Schiffsbauindustrie. Die ungeahnte Entwicklung unserer Industrie in den letzten 30-40 Jahren hatte

zur Folge, daß die hergestellten Produkte im Inlande selbst nicht mehr aufgebraucht werden konnten, und wurde versucht diese im Auslande abzusetzen. Dazu brauchte man aber eine Handelsflotte und — wenn unser deutscher Handel und Industrie geschützt werden sollte, auch eine Kriegsflotte. Mit weitestgehendem Blick erkannte unser althergehrter Kaiser Wilhelm II. diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und ihre Notwendigkeit. Einem rastlosen Streben haben wir es zu danken, wenn unsere Kriegsmarine das geworden ist, was sie heute ist, nämlich der Schutz des deutschen Außenhandels und unserer heimischen Arbeit. Durch den so gesicherten, ständig zunehmenden überseeischen Handel und Verkehr ist der deutsche Schiffbau ganz gewaltig gestiegen. Hat sich doch die Zahl der in Deutschland gebauten Schiffe innerhalb der letzten 14 Jahre fast verdreifacht. Ebenso sind die technischen Fortschritte in den Produktionsformen ganz gewaltig, so daß unsere deutsche Schiffbauindustrie es in der Leistungsfähigkeit mit allen anderen industriellen Ländern der Welt aufnehmen kann. Hierzu hat aber die im Schiffbau tätige Arbeiterschaft wesentlich mit beigetragen. So ist es verständlich, wenn sie sich durch ihre Organisationen einen größeren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sichern wollen. Soll das mit Erfolg geschehen, so dürfen die Arbeiter niemals die wirtschaftliche Lage der betreffenden Industrie aus den Augen verlieren. Nun könnte man Betrachtungen anstellen über die Geschäftsergebnisse der Werften im Jahre 1912. 4 1/2 % Durchschnittsergebnis im deutschen Schiffbau bedingten gerade keine verlockenden Ausichten auf Erfüllung der Forderungen. Aber sind denn die Arbeiter daran schuld, wenn die Werften nicht mehr verdienen? Sicherlich nicht. Die Preisunterbietungen der Werften untereinander selbst sind es, die bessere Gewinne nicht zulassen. Hierin Wandel zu schaffen, ist zunächst Aufgabe der Unternehmer. Wir als Arbeiter müssen dagegen protestieren, wenn man uns die Folgen der Preisunterbietungen in Gestalt von Lohnabsätzen eingekaut lassen wollte. Kollege Wieber sprach sein Bedauern darüber aus, daß die sozialdemokratischen Verbände diesmal genau wieder so einseitig vorgegangen seien, wie im Jahre 1910. In seinen weiteren Ausführungen schloß Kollege Wieber was die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich von den sozialdemokratischen trennt. Die Liebe zum Christentum und Vaterland sei es, was den christlichen Arbeiter zwingt, den sozialistischen Gewerkschaften den Rücken zu kehren.

Zum Schluß erwähnte Kollege Wieber in begeisterten Worten die Versammelten, festzuhalten an den im Kampfe erprobten und sich allezeit bewährten Grundsätzen unserer Bewegung. Mit dem besten Gesinnung, daß die Versammelten unentwegt weiter kämpfen würden für die Sache der Arbeiter und des christl. Metallarbeiterverbandes, schloß der Vorsitzende Kollege Fried die anregende Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband.

zur Folge, daß die hergestellten Produkte im Inlande selbst nicht mehr aufgebraucht werden konnten, und wurde versucht diese im Auslande abzusetzen. Dazu brauchte man aber eine Handelsflotte und — wenn unser deutscher Handel und Industrie geschützt werden sollte, auch eine Kriegsflotte. Mit weitestgehendem Blick erkannte unser althergehrter Kaiser Wilhelm II. diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und ihre Notwendigkeit. Einem rastlosen Streben haben wir es zu danken, wenn unsere Kriegsmarine das geworden ist, was sie heute ist, nämlich der Schutz des deutschen Außenhandels und unserer heimischen Arbeit. Durch den so gesicherten, ständig zunehmenden überseeischen Handel und Verkehr ist der deutsche Schiffbau ganz gewaltig gestiegen. Hat sich doch die Zahl der in Deutschland gebauten Schiffe innerhalb der letzten 14 Jahre fast verdreifacht. Ebenso sind die technischen Fortschritte in den Produktionsformen ganz gewaltig, so daß unsere deutsche Schiffbauindustrie es in der Leistungsfähigkeit mit allen anderen industriellen Ländern der Welt aufnehmen kann. Hierzu hat aber die im Schiffbau tätige Arbeiterschaft wesentlich mit beigetragen. So ist es verständlich, wenn sie sich durch ihre Organisationen einen größeren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sichern wollen. Soll das mit Erfolg geschehen, so dürfen die Arbeiter niemals die wirtschaftliche Lage der betreffenden Industrie aus den Augen verlieren. Nun könnte man Betrachtungen anstellen über die Geschäftsergebnisse der Werften im Jahre 1912. 4 1/2 % Durchschnittsergebnis im deutschen Schiffbau bedingten gerade keine verlockenden Ausichten auf Erfüllung der Forderungen. Aber sind denn die Arbeiter daran schuld, wenn die Werften nicht mehr verdienen? Sicherlich nicht. Die Preisunterbietungen der Werften untereinander selbst sind es, die bessere Gewinne nicht zulassen. Hierin Wandel zu schaffen, ist zunächst Aufgabe der Unternehmer. Wir als Arbeiter müssen dagegen protestieren, wenn man uns die Folgen der Preisunterbietungen in Gestalt von Lohnabsätzen eingekaut lassen wollte. Kollege Wieber sprach sein Bedauern darüber aus, daß die sozialdemokratischen Verbände diesmal genau wieder so einseitig vorgegangen seien, wie im Jahre 1910. In seinen weiteren Ausführungen schloß Kollege Wieber was die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich von den sozialdemokratischen trennt. Die Liebe zum Christentum und Vaterland sei es, was den christlichen Arbeiter zwingt, den sozialistischen Gewerkschaften den Rücken zu kehren.

Zum Schluß erwähnte Kollege Wieber in begeisterten Worten die Versammelten, festzuhalten an den im Kampfe erprobten und sich allezeit bewährten Grundsätzen unserer Bewegung. Mit dem besten Gesinnung, daß die Versammelten unentwegt weiter kämpfen würden für die Sache der Arbeiter und des christl. Metallarbeiterverbandes, schloß der Vorsitzende Kollege Fried die anregende Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband.

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 19. Juli.

- Bauten. Abends 8.30 Uhr im Albershofe.
- Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dämerstr. 1.
- Dortmund 2. Abends 8.30 Uhr Kleinsied, Dörmarschstr. 1.
- Dortmund-Eilm. Abends 8.30 Uhr bei Baut.
- Düsseldorf-Bilf. Abends 9 Uhr bei Mengm. Ede Kronenstraße und Alferralle.
- Düsseldorf-Gilden. Abends 9 Uhr bei Engels, Kaiser Wilhelm-Platz-Delfern. Abends 8.30 Uhr bei Ww. Keller, am Kaiser Platz-Dentmal.
- Freiburg i. B. Abends 8.30 Uhr im Gaunterbräu, Schiffsr. 7.
- Hagen-Eilm. Abends 8.30 Uhr bei Keller.
- Hannover-Wülfel. Abends 8.30 Uhr bei Berch in Döhren, Selemstraße. Abends 8.30 Uhr bei Thomas, Wörderstr. 16.
- Köln-Bonn. Abends 8.30 Uhr „Zur Krone“, Freiheitstr. 19.
- Köln-Kalk. Abends 8.30 Uhr bei Gontgesberg, Breuerstr. 14.
- Milbe. Abends 8.30 Uhr bei Weyer, Poststraße.
- Regensburg. Abends 8 Uhr in der Jakobinerkirche.
- Stuttgart-Cannstadt. Abends 8.30 Uhr im Lokal des ev. Arbeitervereins.
- Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König, Holzstr. 8.

Sonntag, den 20. Juli.

- Berlin-Oberischneuland. Morgens 11.30 Uhr bei Olesch, Büßerstraße.
- Berlin. Morgens 11 Uhr bei Hennemann, Karlshof.
- Danzig-Boppo. Morgens 11 Uhr im Joppoer Hof.
- Dortmund-Derne. Morgens 11 Uhr bei Engel.
- Dortmund-Dorffeld. Morgens 11 Uhr bei Sturm, Jüngelstraße.
- Dortmund-Witten. Morgens 10.30 Uhr im Lokal Mideke, Auguststraße.
- Duisburg-Beck. Morgens 11 Uhr bei Zimmer, Kalkstraße.
- Duisburg-Neudorf. Morgens 11 Uhr bei Schröder, Oststraße.
- Durlach. Morgens 10.30 Uhr im Bahnhof.
- Düsseldorf-Neuf. Morgens 11 Uhr bei Fioh, Niederstraße.
- Düsseldorf-Grerestheim. Morgens 11 Uhr in Steinmanns Saal-Grüdingstraße.
- Düsseldorf-Math. Morgens 11 Uhr bei Kretzinger, Rother Kreuzweg.
- Düsseldorf-Widrich. Morgens 11 Uhr im Lokale Delmes-Beer.
- Düsseldorf-Flügel. Morgens 11 Uhr bei Soofen, Kassestraße.
- Essen-Former und Gießerarbeiter. Morgens 10.30 Uhr „Alfredhaus“, Frohnhauserstr. 19.
- Essen-Altenecken. Abends 7 Uhr bei Eber.
- Essen-Berge-Verbeck. Morgens 11 Uhr bei Knepper, Hochstraße.
- Essen-Frohnhausen. Morgens 11 Uhr bei Postleker. Referent: altsester Kollege Griffler.
- Essen-Segeroth. Abends 8 Uhr bei Langenberg.
- Gelsenkirchen-Schalke. Morgens 11 Uhr bei Wegener.
- Hagen-Better. Morgens 11 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Köln-Boll. Morgens 11 Uhr bei Georg Kopschender, Hauptstraße.
- Miltingen. Morgens 4.30 Uhr bei Böfer, öffentliche Versammlung.
- W. Gladbach. Morgens 10.30 Uhr bei Grünewald.
- Wfer. Abends 8.30 Uhr bei S. Rod, Vertiklerfassung von der 2. Jahreskonferenz und Vortrag. Die Mitgliedsbücher sind zu kontrollieren.
- Rheinhausen. Morgens 11 Uhr bei Reih.
- Rheindt. Morgens 10 Uhr bei Grünwald, Friedr. Wilhelmstraße.
- Wehringhausen. Morgens 11 Uhr bei Frh Simon, Langestraße.
- Wissen (Sieg). Morgens 11 Uhr bei Stitzmer.

Mittwoch, den 23. Juli.

Dortmund-Kleingewerbe. Abends 9 Uhr bei Hüvelport, Hüvelport.

Samstag, den 26. Juli.

- Warmen. Abends 9 Uhr bei Lindermann, Oberdörnerstr. 69.
- Berlin. Abends 8.30 Uhr in Söulu Gessale, Am Königsgraben.
- Düsseldorf-Mattingen. Abends 9 Uhr bei Kirten, Wegemerstraße.
- Hagen-Elektromonteur. Abends 8.30 Uhr bei Simon, Langestraße. Kamll en abend. Auch die Kollegen der anderen Berufe sind herzlich willkommen. Eintrittskarten a 25 Pf. sind auf den Büro zu haben.
- Duisburg. Abends 8.30 Uhr im Willeris Gesellschaftshaus, Köpffstraße.
- Köln-Stadt. Abends 8.30 Uhr Zur Natsumühle, Neumarkt 18.
- Köln-Chrenfeld. Abends 8.30 Uhr bei Wittmann, Venloerstraße.
- Revinen. Abends 8.30 Uhr bei Weimhaus, Wilhelmstr. 30.
- Wadolfzell. Abends 8.30 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Wesert. Abends 8.30 Uhr bei Gellinger, Kirchstr. 12.
- Würzburg. Abends 8 Uhr im Lokale Zinke-Hoffmann, Herrngasse.

Sonntag, den 27. Juli.

- Dortmund-Schüren. Morgens 11 Uhr bei Meinhövel.
- Düsseldorf-Oberbilf. Morgens 11 Uhr bei Mügges, Ellerstr. 183.
- Essen-Verwaltung. Morgens 10.30 Uhr im Vereinshaus Essen-Beil, Unterdorfstraße. Quartalsgeneralversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Referent: Generalsekretär Kollege Stegerwald-Köln. Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt. In die Vorstande- und Vertrauensleute der Betriebe und Sektionen findet am gleichen Tage, vorm. 9.30 Uhr, im Vereinshaus eine wichtige Sitzung statt.
- Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Gontgesberg, Breuerstr. 14.
- Neunkirchen. Abends 8 Uhr bei Schlopp, zum „Stern“.
- Troisdorf. Morgens 11 Uhr bei Kirten in Troisdorf.
- Wallau. Morgens 2.30 Uhr öffentliche Versammlung bei G. Schmidt, Breidenstraße. Referent: Kollege Scheerer-Offenbach.

Abreisen.

Rheine, Weiff. Der Vorsitzende Wilhelm Schnell wohnt Grabelstraße 3. Bei ihm können jeden Abend von 6-8 Uhr Unterstüngen in Empfang genommen werden.
Wiesbaden. Vorsitzender ist jetzt Kollege Grün. Schierkeinerstraße 3 IV. Streif-Unterstützung zahl Arbeitersekretär Kräme Dohlgemüer. 24 ans.

Ein tüchtiger, selbständig arbeitender
Metall-Schleifer
sucht umgehend neue Stellung. Derselbe ist besonders eingearbeitet auf Stahl, Messing, Kupfer, ist 30 Jahre alt und seit 15 Jahren im Fach tätig.
Offerten sind zu richten unter B. L. an die Hauptgeschäftsstelle
Duisburg, Seifenstr. 17.

Friedrich Kraus †

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, das leider allzufrühe Ableben des Redakteurs unseres Verbandsorgans, des Kollegen

Friedrich Kraus

zur Anzeige zu bringen.

Kraus 33 Jahre alt, hat ihn der Tod unerwartet schnell nach kurzem Krankenlager aus unserer Mitte hinweggerafft. Friedrich Kraus war geboren am 9. Februar 1880 zu Hückingen bei Duisburg; von Beruf Hüttenarbeiter trat er im Jahre 1904 unserm Verbands bei. Er betätigte sich eifrig im Gewerkschaftsleben als Vertrauensmann und Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Großenbaum. Im Jahre 1907 übernahm Friedrich Kraus die Stelle eines Arbeitersekretärs in Dierdenhofen und später in Mächen, wo er weitere Gelegenheit fand, sich um die christliche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verdient zu machen.

Im Jahre 1910 wurde er vom Vorstande unseres Verbandes nach Duisburg berufen als Redakteur des Verbandsorgans. Dank seiner vielseitigen Kenntnisse und Erfahrungen hatte er sich bald mit Eifer und Umsicht in seine neue verantwortliche Stellung eingearbeitet. Durch sein anpruchsloses, bescheidenes und stets hilfsbereites Wesen gewann er sich schnell die Achtung und Freundschaft seiner Mitarbeiter an der Zentrale und das Vertrauen aller Verbandskollegen.

Friedrich Kraus war ein ernster, tiefveranlagter, bescheidener Charakter, der seine Person weniger hervorheben ließ, trotzdem aber seinen Mann zu stellen wußte, wenn es galt, die Rechte und Interessen des Verbandes und der christlichen Arbeiter wahrzunehmen und zu verteidigen. Auch im härtesten Kampfe mit dem Gegner mußte Friedrich Kraus die Person von der Sache zu scheiden.

Der Verband verliert in ihm einen fähigen, tüchtigen und pflichttreuen Beamten. Die Mitglieder verlieren in ihm einen treuen Freund und Kollegen. Sein Andenken wird im Verbandsorgane in Ehren bleiben.

Er ruhe in Frieden!

Der Vorstand und die Mitarbeiter an der Zentrale
F. L.: Wieber, Verbandsvorsitzender.

Sterbetafel.

- Geisweid. Am 3. Juli starb unser Kollege B. Moct im Alter von 37 Jahren an Magenkrebs.
- Rheindt. Am 29. Juni starb unser Kollege Max Börger im Alter von 40 Jahren an den Folgen einer Blinddarmentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Wichtig für die Ortsgruppen und Sekretariate des Christl. Metallarbeiterverbandes.

Wir liefern schnell und billig:
Briefbogen, Mitteilungen, Postkarten, Kuperts usw. in schwarz und Buntdruck mit dem Verbandszeichen.

Ferner: alle Sorten Schreibmaschinen- und Vervielfältigungspapiere, Schreibmaschinendurchschlagpapiere, Wachspapiere sowie alle Utensilien von D. Gestetners Vervielfältigungs-Apparat.

Bitte Muster und Preisliste zu verlangen
Echo vom Niederrhein
Duisburg.